



Editorial

Liebe Xhainer*innen,
 raus zum 1. Mai – leider ist das auch in diesem Jahr nur sehr begrenzt möglich. Dabei liegen die Themen auf der Straße. Der Mietendeckel ist in Karlsruhe aus formalen Gründen kassiert worden - ein herber Rückschlag für die Mieter*innen dieser Stadt. Jetzt ist der Bund gefragt, hier neue Grundlagen zu schaffen. Und auch die Klimakrise macht trotz Pandemie keine Pause. Mit halbherzigen Lippenbekenntnissen und einem "Weiter so" wie bisher ist das 1,5-Grad-Ziel nicht zu schaffen. Dafür brauchen wir starke grüne Mehrheiten. Und dafür kämpfen wir: Für Clara Herrmann und eine starkes Team im Bezirk, für 6 Direktmandate aus Xhain für das Land Berlin (siehe Seiten 3 bis 5) und eine grüne Regierende Bürgermeisterin Bettina Jarasch, für Canan Bayram als unsere Xhainer Abgeordnete im Bundestag und eine grüne Bundeskanzlerin Annalena Baerbock. Es gibt keine Zeit zu verlieren. Und deshalb am 26. September: 5 Stimmen grün!
 Viel Spaß beim Lesen und bleibt gesund!
 Eure Redaktion



Clara Herrmann

Unsere Nummer 1 für Xhain

Bündnisgrüne Spitzenkandidatin in Friedrichshain-Kreuzberg

Foto: Kilian Vitt

Inhalt

Afghanistan	Seite 2
Corona-Hilfen	2
Gewerbemietrecht	3
Unsere Wahlkreis-kandidat*innen	3-5
Communalisierung	6
In welcher Stadt wollen wir leben	6
Straßensozialarbeit	7
Hanau ist überall	7
Impressum	7
Rund ums Bezirksparlament	8
Nachbarschaften	8
Bezirksreform 2021	8
Straßenumbenennungen	9
Investitionsplanung	9
Service	9
Mühlenhaupt	10
Wohnungspolitik	11
Rigaer Straße	11
Entsiegelungsportal	12
Kultur: Ein Jahr danach	12
Pop-Up-Radwege	12
Kolumne	12

Clara Herrmann wurde 1985 in Berlin geboren. Nach dem Abitur an der Paul-Natorp-Oberschule in Friedenau studierte sie Geografie und Wirtschaft an der Humboldt-Universität. Bereits 2006 wurde sie für uns ins Abgeordnetenhaus gewählt. Dort war sie unter anderem für die Haushaltspolitik und den Verfassungsschutz zuständig. Seit 2016 ist sie Stadträtin für Finanzen, Umwelt, Kultur und Weiterbildung in Friedrichshain-Kreuzberg. Der Stachel sprach mit ihr über ihre Kandidatur für das Amt der Bezirksbürgermeister*in.

Stachel: Wie kam es zu dem Entschluss, sich für das Amt der Bezirksbürgermeister*in zu bewerben?

Clara Herrmann: Ich habe große Lust auf das Amt. Unser Bezirk ist ein ganz besonderer, er ist vielfältig und divers, und vor allem: Den Menschen hier ist es nicht egal, was passiert, sie haben eigene Vorstellungen und wollen gestalten. Und ich bin froh, dass hier die Menschen deutlich machen, wenn ihnen etwas nicht passt. Nach über vier Jahren als Stadträtin weiß ich: Alle großen Fragen werden vor der Haustür entschieden. Ob es um die Mieten geht, den öffentlichen Raum, die Parks und die Verkehrswende, oder das Klima. Die Klimakrise ist zwar eine globale Herausforderung, aber die Weichen, um klimaneutral zu leben, werden vor Ort gestellt. Und wir in Xhain haben gute Ideen und wir schaffen es, mit diesen guten Ideen bundesweit und sogar darüber hinaus durchzudringen. Als Grüne waren wir in diesem Bezirk oft diejenigen, die sich getraut haben, mutig voranzugehen, in die richtige Richtung für eine gerechtere Gesellschaft, für echten Klimaschutz. Und ich will, dass wir das auch in Zukunft tun.

Reichen denn die Kompetenzen, die ein Bezirk in Berlin hat, dafür aus?

Jeder Bezirk ist für sich genommen, wenn man es mit den Flächenländern vergleicht, eine große Kommune. Allein in Friedrichshain-Kreuzberg leben fast 300.000 Menschen und hier wie dort gilt: Die Kommunen müssen finanziell ordentlich ausgestattet sein. Und sie müssen eigenständig handeln können. Unser Bezirkshaushalt ist komplett abhängig von der Finanzausweisung des Landes. Ich will mich dafür einsetzen, dass wir als Bezirk mehr eigenständige finanzielle Spielräume erhalten und nicht weniger. Die Corona-Krise hat es noch einmal deutlich gezeigt: Die Bezirke dürfen nach der Pandemie nicht das Sparschwein einer falschen Politik von Land oder Bund werden. Im Gegenteil: Wir brauchen dieses starke Fundament vor Ort: ob sanierte Schulen, saubere Parks, mehr Radwege, sozialer Zusammenhalt, Mieter*innenschutz, lebendige Kulturszene – dafür brauchen wir starke Bezirke! Und ich gehe da noch weiter: Ich will mich für ein gerechteres Steuersystem einsetzen, damit die Schere zwischen Arm und Reich endlich kleiner und nicht immer größer wird. Eine echte Vermögensbesteuerung für

finanzstarke Kommunen – das werden wir hoffentlich mit starken Grünen im Bund umsetzen. Wir werden es im Zweifel aber auch von einer grünen Kanzler*in einfordern.

Wo siehst Du die Schwerpunkte deiner zukünftigen Arbeit?

Im Kern geht es um drei große Fragen, die letztlich alle miteinander zusammenhängen. Wir haben für alle die richtigen Konzepte, die wir gemeinsam mit den Xhainer*innen umsetzen wollen. Da ist zum einen der Klimaschutz: Wenn wir die Klimaziele erreichen wollen, müssen wir die Stadt umbauen. Wir müssen sie als ein Konzept mit vielen Bausteinen denken, vom dezentralen Regenwassermanagement bis zur Solarpflicht. In Xhain werden fast 90 % der Wege zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV zurückgelegt, es stehen aber knapp 60 % der Verkehrsflächen dem Auto zur Verfügung. Das ist unverhältnismäßig.

Wir setzen auf Fußgänger*innen, Radverkehr, den ÖPNV und mehr Grün und dafür muss der öffentliche Raum umverteilt werden. Es gibt kein Recht auf einen kostenfreien Parkplatz vor der Haustür, aber ein Recht

auf saubere Luft zum Leben. Ein Beispiel: Meine Vision ist ein neuer Park durch den ganzen Bezirk, von der Petersburger Straße durch Friedrichshain zur Oberbaumbrücke und durch Kreuzberg immer entlang der Hochbahn U1 – wir schaffen neuen Platz für Grün und der Autoverkehr beschränkt sich auf eine Seite. Das machen wir nicht, weil wir Autofahrer*innen ärgern wollen, sondern weil wir wollen, dass dieser Bezirk einen lebenswerten öffentlichen Raum hat. Oder kurz gesagt: Radweg oder Blechlawine? Pocket-Park oder Ballermann? Blumenwiese oder Beton?

Aber dabei geht es nicht nur um ökologische Fragen?

Klimaschutz und Verkehrswende sind zutiefst eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Und damit sind wir bei der zweiten Kernfrage: Xhain muss ein Ort des Zusammenhalts bleiben, ein Ort des Miteinanders. Und deshalb haben wir jeder Form von Verdrängung den Kampf angesagt.

Fortsetzung auf Seite 2

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Fortsetzung Interview mit Clara Herrmann von Seite 1

Wir wollen 50% des Wohnraums in gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung überführen und damit der Spekulation entziehen. Weil eine Wohnung kein Spekulationsobjekt ist, sondern ein Zuhause. Wir stehen für eine konsequent gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, weil wir Mieter*innen, Kulturschaffende und Kleingewerbetreibende vor Profitgier und Verdrängung schützen wollen. Gemeinsam mit Canan Bayram kämpfen wir auf Bundesebene für ein starkes Mietrecht. Dabei darf auch Enteignung kein Tabu sein. Denn im Grundgesetz steht: Eigentum verpflichtet. Wir brauchen mehr Wohnraum, aber auch beim Thema Nachverdichtung planen wir die Stadt der Zukunft und keine Betonwüsten. Wir sind bereits der am dichtesten besiedelte Bezirk in Berlin und brauchen Grünanlagen und Räume der Begegnung ohne Konsumzwang!

Und der dritte Punkt?

Das ist die Vielfalt. Xhain ist Ankunftsort und Sehnsuchtsort für alle, die eine offene, diskriminierungsfreie, emanzipatorische und bunte Gesellschaft leben wollen. Aber das ist nicht selbstverständlich. Wir müssen solidarisch mit den Opfern von Diskriminierung und mit all den Initiativen und Menschen in den Kiezen sein, die sich täglich gegen Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus engagieren. Gemeinsam setzen wir uns für die Rechte von Geflüchteten ein. Und wir machen uns für eine verbindliche Migrant*innen-Quote im öffentlichen Dienst stark. Wir zeigen klare Kante gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Und das gilt nicht nur für die Gegenwart. Für uns gilt: Unser Gedenken ist antirassistisch, queer-feministisch und divers. Deshalb wollen wir auch ein dauerhaftes Denkmal gegen Rassismus in unserem Bezirk.

Das betrifft dann die Kultur im Bezirk?

Insbesondere die Freie Szene ist ein starker Motor bei uns im Bezirk. Kulturschaffende, Soloselbstständige und Clubs sind durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie besonders hart getroffen. Gerade jetzt müssen wir daher die vielfältige Kulturszene stärken, das möchte ich mit voller Kraft tun. Denn wir gehen hier schon immer neue Wege und trauen uns, gegen den Strom zu schwimmen. Ohne uns keine bezirkliche Kulturarbeit, die weltweit für eine linke, vielfältige, antirassistische, feministische, postkoloniale, partizipative und queere Kultur- und Gedenkarbeit steht. Und das gilt für vieles: Ohne uns kein Familienservicebüro, kein Parkmanagement, keine Pop-Up-Radwege, keine Pop-Up-Parks, kein konsequenter Einsatz für die Mieter*innen, kein Verbot von sexistischer Werbung.

Ein Blick auf die kommenden Wochen und Monate?

Viele von uns freuen sich auf den Wahlkampf und das ist gut so: denn es geht um verdammt viel. Und wenn die rechtsextreme AfD uns zur Hauptgegnerin erklärt, dann wissen wir: Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir Grüne in Xhain übernehmen Verantwortung. Dafür kandidiere ich als grüne Bezirksbürgermeisterin für Friedrichshain-Kreuzberg. Für starke grüne Xhainer*innen in Bund, Land und vor Ort.

Das Gespräch führte Henry Arnold

Am Donnerstag Ende März war es mal wieder so weit. Die Bundesregierung beantragte im Bundestag eine Verlängerung des Mandats für die Bundeswehr in Afghanistan bis Ende Januar 2022 für bis zu 1.300 Soldat*innen. Konsequenz stimmte ich mit „Nein“.

Der Logik der stetigen Weiterführung der militärischen Intervention ohne nachvollziehbares Ziel und Bemühungen um Friedensverhandlungen habe ich deutlich widersprochen. In einer Persönlichen Erklärung begründete ich dies auch ausführlich. Um das Scheitern ihres Einsatzes in Afghanistan nicht eingestehen zu müssen und daraus Konsequenzen zu ziehen, hält die Bundesregierung stur an dem Einsatz fest. Seit mehr als 20 Jahren wird dort Krieg geführt, ohne dass sich eine Verbesserung für die Lebensverhältnisse der Zivilbevölkerung, insbesondere der Frauen, abzeichnet hat.

Derzeit findet nicht einmal eine Ausbildung der afghanischen Sicherheits- und Verteidigungsorgane statt, da es die Sicherheitslage nicht erlaubt. Die UNO verzeichnet eine dramatische Verschlechterung der Lage mit mehr als 10.000 sicherheitsrelevanten Vorkommnissen und rund 400 Attentaten, die allein den Taliban zuzurechnen sind. Denn auch das ursprüngliche Ziel der Bekämpfung der Taliban ist gescheitert, vielmehr werden derzeit große Teile des Landes durch die Taliban kontrolliert.

Friedenspolitik ohne Wenn und Aber

Im Rahmen meiner Funktion als Mitglied im Verteidigungsausschuss war ich mehrmals vor Ort in Afghanistan, um mir in vielen Gesprächen einen eigenen Eindruck zu verschaffen. Die Sicherheitslage ist verheerend, die Bedrohungslage durch die Taliban steigt eher und Angriffe auch auf westliche Truppen nehmen zu. Die meisten deutschen Soldat*innen haben die Camps nicht verlassen, und trotzdem stellt der Einsatz eine Bedrohung für ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Leben dar. Dies steht in keinem Verhältnis zu den vermeintlichen Zielen, die weder erreicht werden noch erreicht werden können.

Gemeinsam mit meinem Vorgänger im Bundestag, Hans-Christian



Canan bei ihrer Wahl zur Bundestags-Direktkandidatin

Foto: ck

Ströbele, weise ich darauf hin, dass nach dem 1. Mai, wenn die Streitkräfte der NATO nicht entsprechend der Vereinbarung der USA mit den Taliban abgezogen sind, eine neue militärische Großoffensive der Taliban droht. So haben die Taliban es angekündigt. Das bedeutet mehr Krieg, mehr schreckliche Attentate, mehr Tote, mehr Zerstörung. Stattdessen gilt es alles für eine Friedensperspek-

tive zu tun. Dazu gehört auch, dass die Bundesregierung direkte deeskalierende Gespräche mit allen Konfliktparteien unternimmt. Ein deutsches Angebot für solche Verhandlungen könnte sein, nach einem Friedensschluss in Entwicklungshilfe zu investieren – abhängig davon, ob die Menschenrechte, und insbesondere die Rechte der Frauen in Afghanistan, gewahrt werden. Dadurch können

eher Verbesserungen für die Zivilbevölkerung erreicht werden als durch den Einsatz der Bundeswehr.

Ähnliche Fragen stellen sich für mich auch bei weiteren Einsätzen der Bundeswehr. Zu den grünen Grundwerten zählt eine Politik, die konsequent für Frieden eintritt und sich gegen Militarisierung und Krieg richtet. Als Mitglied des Verteidigungsausschusses beschäftige ich mich intensiv mit den Konfliktparteien und der Situation vor Ort. Daher war ich auch im Irak, das heißt in Bagdad und Erbil, und habe gegen den Einsatz der Bundeswehr in dieser Region gestimmt. Was ich immer wieder lerne, ist, dass es Frieden nur geben kann, wenn alle Beteiligten – und im Sinne einer feministischen Außenpolitik vor allem auch Frauen – in Verhandlungen miteinbezogen werden. Häufig ist die Unfähigkeit der westlichen Politik, die Besonderheiten der Region mit ihren Konflikten, aber auch mit ihren Gemeinsamkeiten in den Blick zu nehmen, Teil des Problems.

Die Konflikte in der Welt gehen uns an und verlangen auch nach einem Engagement Deutschlands in der Welt. Doch es ist falsch, deutsche Soldat*innen in verfassungswidrige Auslandseinsätze zu entsenden – ohne eine Strategie und in einer Allianz, die keine völkerrechtliche Legitimation hat. In der globalisierten Welt sind Außen- und Innenpolitik heute kaum mehr voneinander zu trennen. Ressourcenkonflikte, Fluchtbewegungen und die gemeinsame Herausforderung der Klimakrise zeigen, dass die Probleme der Welt nur grenzüberschreitend gelöst werden können. Frieden, Freiheit, ein Leben in Würde und der Schutz der globalen öffentlichen Güter stehen allen Menschen gleichermaßen zu.

Mein Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Bundeswehrmandaten kann man auf meiner Webseite nachvollziehen: <https://bayram-gruene.de/themen/friedenspolitik/>

Canan Bayram, Mitglied des Bundestages

500 Millionen für den Neustart

Reichlich öffentliche Kritik hat es an den bisherigen Corona-Hilfen gegeben – und das zu Recht: Die Programme des Bundes kamen viel zu spät und wurden (wenn überhaupt) noch später ausgezahlt. Vor allem Soloselbstständige und Freiberufler*innen fielen dabei lange Zeit komplett durchs Raster, während manch Großkonzern dank der Finanzhilfen der öffentlichen Hand eine Dividende ausschütten konnte.

Zwar wurde die ein oder andere Fehlkonstruktion zwischenzeitlich behoben, trotzdem war spätestens Ende letzten Jahres klar, dass es auch in 2021 zusätzliche, eigenständige Corona-Landeshilfen brauchen wird. Berlins rot-rot-grüne Regierungsfractionen haben dafür im 2. Nachtragshaushalt mit einer halben Milliarde Euro Vorsorge getroffen.

Die neuen Corona-Landeshilfen kommen

Für uns Grüne steht seit Beginn der Pandemie fest: Finanziellen Hilfe für Betriebe, Arbeitnehmer*innen und Selbstständige, die vom Lockdown auch materiell hart getroffen werden oder deshalb gar vor dem wirtschaftlichen Aus stehen, sind nicht nur eine Frage der gesellschaftlichen Solidarität sondern auch der ökonomischen Klugheit. Denn wie soll der erwartete konjunkturelle Aufschwung nach der Krise gelingen, wenn die erst zu einer Insolvenzwelle und Massenentlassungen geführt hat? Hinzu kommt die spezifische Berliner Wirtschafts-

struktur mit ihren vielen kleinen und Kleinstbetrieben, Soloselbstständigen sowie Beschäftigten in der Kulturwirtschaft oder im Veranstaltungs- oder Tourismusgewerbe.

Wir Grüne haben deshalb schon früh eigene kreditfinanzierte Landeshilfen gefordert, um die Defizite und Lücken der Bundesprogramme so gut wie möglich zu kompensieren. Nach der Berliner Soforthilfe I bis V im letzten Jahr stehen nun weitere 500 Millionen Euro dafür bereit. Hinter dem Namen „Neustarthilfe Berlin“ verbergen sich verschiedene Senatsprogramme, mit der bisherigen Zuschüsse, Investitionen und Bürgschaften fortgeführt, modifiziert und zum Teil auch erweitert werden.

Aufstockung der Bundesmittel, neue Kulturhilfen und Berlin Invest-Programm

Die Konzeption und Ausrichtung der Neustarthilfe folgt im Wesentlichen drei Leitgedanken: Die vorhandenen Bundeshilfen werden zugunsten von Kleinstbetrieben und So-

loselbstständigen gezielt aufgestockt, etwa durch die Erhöhung des fiktiven Unternehmer*innenlohns von 50 auf 75 Prozent des Einkommens im Vorjahr. Die spezifischen Hilfsprogramme für den besonders notleidenden Kultur- und Veranstaltungsbereich werden ausgeweitet: durch weitere Zuschüsse und eine neue Tilgungshilfe für Kultur- und Kreativbetriebe sowie durch die Fortsetzung des Stipendienprogramms für Einzelkünstler*innen. Mit dem Programm „Berlin Invest“ sollen ferner Investitionen gefördert werden, die neben mehr Pandemie-Resilienz auch eine wirtschaftliche Belebung für die Zeit nach der Coronakrise versprechen. Im besten Fall greifen somit notwendige Hilfen, Infektionsschutz und sinnvolle Konjunkturmaßnahmen ineinander.

Kein Zurück zum alten „normal“

Das letzte Krisenjahr hat gezeigt: Jede Corona-Hilfe ist nur so gut, so rasch sie beantragt, bewilligt und ausgezahlt werden kann. Hier muss

der Bund, kann aber auch das Land besser werden. In 2021 rückt zudem der Neustart-Gedanke in den Vordergrund: Welche Finanzhilfe kann die Öffnungsperspektiven für die verschiedenen Arbeitsbereiche und Branchen verbessern? Von welcher gehen konjunkturelle Impulse für die Zeit danach aus, welche tragen gar zur sozial-ökologischen Transformation von Berlins Wirtschaft und Arbeitsmarkt bei? Denn wenn es zutrifft, dass die Coronakrise die Schwachstellen unserer Gesellschaft und Wirtschaftsweise offen gelegt hat, dann kann die Rückkehr zu einer solchen „Normalität“ nicht unser vordringliches Ziel sein. Völlig klar ist in der gegenwärtigen Lage ja ohnehin: Die beste Corona-Hilfe für alle bleibt eine möglichst schnelle und effektive Eindämmung der Pandemie – durch verantwortungsvollen Infektionsschutz, eine kluge Teststrategie und die Beschleunigung der Impfungen.

Daniel Wesener, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Kreuzberg bleibt solidarisch und anders

Vor fast 5 Jahren haben mir über 44 Prozent der Bewohner*innen des Wahlkreises 1 das Vertrauen und damit den Auftrag gegeben, den Wahlkreis direkt und unabhängig zu vertreten. Von Anfang an war es mein Anspruch, für die Menschen da zu sein, konkret zu helfen und vor Ort mitzumischen.

Das Thema Wohnen und Mieten spielt im Wahlkreis 1 wie im ganzen Bezirk eine zentrale Rolle. Genauso wie die Verdrängung von Kleingewerbe und sozialer Infrastruktur. Nicht jede Kündigung konnte ich verhindern, aber oft haben wir Lösungen gefunden oder der gemeinsame Protest mit der Zivilgesellschaft war erfolgreich. Kreuzberg muss unbedingt ein gemischter, solidarischer Bezirk und anders bleiben. Hier darf es weiterhin keine Rolle spielen, woher man kommt.

So groß, unterschiedlich wie vielfältig der Wahlkreis ist – vom Südstern, Bergmannkiez, Gleisdreieck zum Halleschen Tor bis zur Friedrichstraße und dem Hafenplatz – so breit sind auch das Aufgabenspektrum und die brisanten Baustellen: seien es der Schutz der Kleingartenkolonie am Columbiadamm oder Verhandlungen mit Eigentümer*innen wie bei der Hausbesetzung in der Großbeerenstraße 17a oder gegen Zwangsraumungen. Seien es der Widerstand gegen Nazis beim sogenannten „Frauenmarsch“ 2018 durch Kreuzberg oder Probleme im öffentlichen Raum. Bereits vor der Pandemie haben mich viele kleine Kiezläden und soziale Verbände aus dem Wahlkreis um Hilfe gebeten, weil sie aufgrund massiv steigender Gewerbemieten um ihre Existenz kämpfen mussten. Anderen wurde einfach gekündigt.

Hier fordern wir schon lange bundesgesetzliche Änderungen, um endlich einen sozialen Gewerbeschutz mit Mietpreisbremse und Kündigungsschutz garantieren zu

können. Corona hat die Situation aber nochmal deutlich verschärft. Daher will ich nicht nur weiterhin für echte Mieter*innen und den Schutz des Kleingewerbes kämpfen. Wir brauchen endlich einen mietenpolitischen Schuttschirm für alle Mieter*innen, denn es kann nicht sein, dass Gewerbetreibende ihre Räume oder Wohnungsmieter*innen ihr Zuhause verlieren, weil sie eben nicht zu den Gewinner*innen der Pandemie zählen.

Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik aus Kreuzberg für ganz Berlin

Kreuzberg ist oft Vorreiter in Berlin. Das zeigt auch die kooperative und gemeinwohlorientierte Entwicklung des Dragoner Areals, das wir gemeinsam mit den Initiativen gerettet haben vor höchstmöglicher Verwertung durch einen „privaten Investor“. Nun sollen dort 90 Prozent der Wohnungen durch eine landeseigene Wohnungsunternehmen gebaut und 10 Prozent durch Genossenschaften errichtet werden – insgesamt sollen mehr als die Hälfte der ca. 500 Wohnungen für einkommensschwache Haushalte vorgehalten werden. Auch das Gewerbe soll dort Bestandsschutz bekommen. Ich will mich dafür einsetzen, dass das Dragoner Areal wirklich ein sozial-ökologisches Modellprojekt für ganz Berlin wird, wie wir es 2016 in den Koalitionsvertrag geschrieben hatten.

Beim ehemaligen Postscheckamt am Halleschen Ufer haben wir



Katrin Schmidberger Foto: Erik Marquardt

uns lange für mehr bezahlbaren Wohnraum und gegen einen möblierten Wohnturm für hochpreisiges Kurzzeit-Wohnen eingesetzt. Durch unseren entschiedenen Kampf war beides erfolgreich: Der Anteil von preiswerten Wohnungen wird verdoppelt und von einem landeseigenen Wohnungsunternehmen übernommen. Zudem entfällt das Luxuswohnen auf Zeit im Hochhaus zugunsten von Gewerbenutzungen. Aber auch beim alten sozialen Wohnungsbau Westberliner Zeiten rund um den Hafenplatz oder im Fanny-Hensel-Kiez haben wir im Berliner Abgeordnetenhaus Druck gemacht, um die Situation der Sozialmieter*innen zu verbessern. Durch Mietabsen-

kommensschwache Haushalte in Kreuzberg bleiben können.

Im Jahr 2019 habe ich mich vor allem für die Durchsetzung des Berliner Mietendeckels engagiert und ihn mit erarbeitet. Er war und ist bitter nötig, damit wir endlich das Primat in der Wohnungspolitik zurück holen, denn überhöhte Boden- und Kaufpreise sind nicht gesund für eine Stadt und schaden der Kaufkraft sowie dem sozialen Frieden. Das Bundesverfassungsgericht hat auch keine staatlich stärkere Mietregulierung abgelehnt, sondern lediglich die Kompetenz der Länder. Deshalb brauchen wir jetzt einen Bundesmietendeckel oder eine sog. Länderöffnungsklausel, damit eben doch wir selbst es regeln können. Gerade weil der Deckel gefallen ist, stehen wir als Landesregierung nochmal mehr in der Pflicht, bestehende Instrumente zu schärfen und auch neue Maßnahmen zu ergreifen, wie ein Miet- und Wohnungskataster einzuführen, um den Wohnungsmarkt endlich transparent zu machen. Wir brauchen eine Task Force Immobilienspekulation, um gezielt gegen Geldwäsche und Steuerflucht im Immobiliensektor vorzugehen, genauso wie ein Bündnis mit allen gemeinwohlorientierten Akteuren wie Genossenschaften, um sie endlich aus der Nische zu holen. Denn nur dauerhaft bezahlbare Wohnungen nach Wiener Vorbild können den Wohnungsmarkt entlasten. Jetzt gilt es erst Recht alles zu tun, um den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert auszurichten, und viele Wege führen nach Wien.

Dazu gehört nicht nur das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“, das ca. 250.000 Wohnungen vergesellschaften will. Auch das kommunale Vorkaufsrecht hat es endlich möglich gemacht, zusammen mit den betroffenen Mieter*innen und den vielen Initiativen um jedes Haus kämpfen zu können. Durch den Vorkauf und gezielte Ankäufe von Sozialwohnungen wie am Halleschen Tor ist es uns gelungen, viele Mieter*innenhaushalte dauerhaft abzusichern. Wir haben gezeigt, dass wir dem Ausverkauf der Stadt etwas entgegensetzen können. Auf der Landesebene will ich mich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass wir das Vorkaufsrecht weiter ausbauen und stärken. Das Drama um den Leerstand von Riemer's Hofgarten und die überhöhten Kaufpreise der ehemals umgewandelten Wohnungen von ca. 6.000 Euro/QM, die für die meisten Kreuzberger Familien nicht zu stemmen sind und auch Eigenbedarfskündigungen von Bestandsmieter*innen mit sich ziehen, sind trauriges Beispiel für Fehlentwicklungen. Zum einen gibt es ein eklatantes Defizit beim Vollzug des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes. Zum anderen macht es uns die unverantwortliche Bundesgesetzgebung unmöglich, Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen zu verbieten.

Wir haben viel erreicht, aber noch viel mehr vor. Ich will weiterhin mit voller Kraft im Sinne der Bewohner*innen kämpfen.

■ Katrin Schmidberger, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Mein Grüner Weg weiter

Als Kandidatin für den Wahlkreis 2 in Friedrichshain-Kreuzberg freue ich mich auf einen gemeinsamen Wahlkampf mit Euch!

Für die nächste Legislatur verändert sich der Wahlkreis 2. Das Stück "südlicher Friedrichshain" gehört dann zum Wahlkreis 6 mit dem tollen grünen Kandidaten Julian Schwarze. Wahlkreis 2 erhält den Graefekiez und den östlichen Teil des Wassertorplatzes in Kreuzberg hinzu. Ich freue mich darauf, neue Menschen und Projekte kennen lernen zu können, für deren Interessen ich mich in den nächsten 5 Jahren einsetzen und um deren Vertrauen ich nun kämpfen möchte!

Gemeinsam mit einem starken grünen Team will ich mich für die Gestaltung von lebenswerten Kiezen einsetzen: Bezahlbarer Wohnraum, Schutz vor Verdrängung, Unterstützung und Sicherheit für gewachsene nachbarschaftliche Strukturen, kiezverträgliche Verkehrspolitik und natürlich ein nachhaltiger Klimaschutz sollen weiterhin im Zentrum meiner Wahlkreisarbeit stehen. Für ein gutes Zusammenleben brauchen wir eine intakte und soziale Infrastruktur: angefangen bei der Kitaplatz-Versorgung, über ausreichend Schulplätze, verschiedene Angebote stadtvträglicher Mobilität, Räume für Erholung, Kunst, Kultur und Begegnung, grüne Oasen, saubere Spielplätze, vernetzte Sozialräume, aber auch funktionierende Bürgerämter und Verwaltungsstrukturen.

Teil eines grünlinken Teams für Berlin und Friedrichshain-Kreuzberg

Schon seit vielen Jahren streite ich gemeinsam mit den Xhainer Grünen auf diesen Politikfeldern. Manchmal scheitern wir auch. Aber das gehört dazu, wenn wir politisch ausgetretene Pfade verlassen und Neuland betreten wollen. Auf der Suche nach neuen

Lösungen auf die Herausforderungen unserer Zeit. Wir lernen aus unseren Fehlern. Dabei beziehen wir die Zivilgesellschaft mit ein. Nachhaltige Transformationsprozesse zu einer lebendigen und partizipativen Stadtgesellschaft müssen aus den Bedürfnissen derer heraus initiiert werden, die in dieser Stadt leben. Das sind wir alle. Diese Prozesse fordern Einfühlungsvermögen, Erörterungen, Zeit und Geduld. Das möchte ich in den nächsten 5 Jahren investieren – und mithelfen, den Wahlkreis weiter zu einem grüneren und lebenswerteren Ort dieser Stadt zu gestalten.

Kämpferin für Familien und Kinder

Auch auf Landesebene möchte ich meine begonnene Linie fortsetzen: Ich will weiterkämpfen für ein lebendiges diverses Familienbild. Kämpfen für zeitgemäße Schulen und ausreichend Schulplätze, für eine unterstützende und flächendeckende Infrastruktur für Berliner Familien, für gute Bedingungen für Kita- und Schulpersonal und für eine Chance für jedes einzelne Kind dieser Stadt. Genau richtig kommt dafür das Berliner Familienförderungsgesetz, das wir noch in dieser Legislatur beschließen wollen. Unser Bezirk ist Vorreiter in der Familienförderung – dieser Standard soll unser Anspruch für ganz Berlin sein. Familien tragen die Zukunft unserer Stadt in ihrer Verantwortung. Dabei müssen wir sie unterstützen.

Machen wir uns gemeinsam auf den Weg zu einer grünen, solidarischen, lebens- und liebenswerten Stadt - vielen Dank für Euer Vertrauen!

■ Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Familien und Corona – was folgt auf den Kraftakt?

Seit nunmehr über einem Jahr hat Corona den Alltag vieler Familien in dieser Stadt dominiert. Homeschooling, Kinderbetreuung, Erwerbsarbeit und Haushalt mussten oft über Wochen hinweg alleine von den Eltern getragen werden. Unsere Familien sind erschöpft. Um ihnen, aber auch



Marianne Burkert-Eulitz Foto: privat

allen Kindern und Jugendlichen dieser Stadt eine Perspektive bieten zu können, möchte ich schon weiterdenken: an die Zeit, wenn Inzidenzen sinken

und die Pandemie beherrscht sein wird.

Wie können wir Familien in Folge der Pandemie darin unterstützen, die Auswirkungen der Belastungen zu überwinden und zu einem unbeschwerteren Familienalltag zurück zu finden? Unter dieser Fragestellung führe ich regelmäßig Fachgespräche mit Expert*innen und Elternvertreter*innen durch. Dabei konzentrieren wir uns einerseits auf die Bildungsarbeit – das Aufholen von verpasstem Unterrichtsstoff, um keine Bildungsverlierer*innen zu riskieren. Andererseits wollen wir sozialen Austausch und positive Erlebnisse für Familien und Kinder wieder ermöglichen. Denn Lachen, unbeschwertes Spiel mit Gleichaltrigen und Räume jenseits des heimischen Umfelds sind für eine gesunde Kindesentwicklung unabdingbar. Dort wo zusätzliche Unterstützung notwendig ist, muss sie auch geleistet werden.

Der sozialen und psychischen Gesundheit unserer Heranwachsenden muss in unserer Gesellschaft ein ebenso hoher Stellenwert wie Bildungsangeboten eingeräumt werden. Dabei dürfen auch besonders betroffene Personengruppen nicht übersehen werden: pflegebedürftige Kinder, Kinder mit chronischen Erkrankungen und geflüchtete Familien. Sie alle trifft die Pandemie nochmal stärker.

Ressourcen der Sozialräume aktivieren, vernetzen und nutzen

Als ein Ergebnis unserer Fachgespräche konnte ich mitnehmen, dass wir zur Unterstützung von Familien nach Lockerungen nicht zwingend

neue Strukturen entwickeln und aufbauen müssen. Wir sollten uns darauf konzentrieren, schon vorhandene Angebote und Ressourcen wieder zu beleben und zu intensivieren. Sportvereine, Beratungsangebote, Nachhilfeeinstitute, Familien- und Jugendzentren, Jugendverkehrs-, Jugendkunst- und Gartenarbeitsschulen – sie alle können den Alltag von Familien wieder bereichern und diese in einem ausgewogenen Zusammenleben unterstützen.

Bestehende Angebote therapeutischer oder sozialpädagogischer Art müssen ausgebaut und vor allem dahin gebracht werden, wo Kinder sich aufhalten: an Kitas, Schulen, in die Sozialräume rein. So können Familien Wege abgenommen, diese nachhaltig entlastet und eine Versorgung aller Kinder sichergestellt werden. Digitale Schul- und Distanzlernangebote müssen auch nach der 3. Welle erhalten bleiben. Denn es wird noch lange Kinder und Familien geben, für die eine Coronainfektion Lebensgefahr bedeutet.

Für eine gelingende „Familienpolitik nach Corona“ müssen wir jetzt in die Planung gehen. Wir müssen Bedarfe abfragen, Akteur*innen vernetzen, Patenschaften knüpfen, unbürokratisch Mittel zur Verfügung stellen und niedrigschwellige Angebote konzipieren. Sommerschulen, Feriencamps, Schwimmstunden, Lagerfeuer, Sportangebote, Spielräume – all das muss nach der Pandemie Hand in Hand gehen. Für ein gesundes Familienleben. Für die Möglichkeit einer unbeschwerteren Kindheit in unserer Stadt.

■ Marianne Burkert-Eulitz, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Ein drittes Mal für Wahlkreis 3

Liebe Friedrichshainer*innen und Kreuzberger*innen,

ich wurde in der Südtürkei in einer Landarbeiterfamilie geboren. Nach meinem Studium in der Türkei kam ich nach Deutschland und promovierte. 2011 wurde ich im Wahlkreis 3 direkt ins Abgeordnetenhaus gewählt. Vor fünf Jahren konnte ich den Wahlkreis erneut gewinnen. Im Abgeordnetenhaus bin ich für die Themen Natur- und Verbraucher*innenschutz und Umwelt- und Naturbildung zuständig.

Vor Ort, nah dran!

Veränderung und Gestaltung bedeutet für mich, nah dran zu sein. Dort wo politische Entscheidungen wirken, vor Ort, muss Politik sein und den Menschen dienen. Ich bin – derzeit wegen der Corona-Pandemie leider nicht – jeden Monat in meinem Wahlkreis auch mit Infoständen unterwegs. Das ist mir sehr wichtig, weil ich für die Kreuzberger*innen niedrigschwellig ansprechbar sein und ihre Anliegen ins Parlament einbringen will.

Grün statt grau!

Im Bereich des Natur- und der Umwelt- und Naturbildung haben wir Grüne auf meine Initiative hin viel geschafft, unzählige Projekte entweder realisiert oder angestoßen. Gemeinsam mit unserer Fraktion habe ich hart dafür gestritten, damit dem Grün und der Natur in der Stadt eine Bedeutung zukommt, die in Zeiten der Klima- aber auch Corona-Krise mehr als nötig ist. Zwei Beispiele: Wir Grüne haben in der Koalition durchgesetzt, eine Grünbauoffensive für bessere Baum- und Grünflächenpflege und mehr Personal bei den Grünflächenämtern in den Bezirken mit mehr als 60 Mio. Euro zu starten. Dadurch konnten die Finanzmittel für Straßenbäume verdoppelt werden.

Außerdem haben wir die Zivilgesellschaft finanziell gestärkt, denn die Berliner Natur und das Stadtgrün brauchen eine starke Lobby.

Gutes Essen für alle!

Für die Agrar- und Ernährungswende konnten wir ebenfalls große Erfolge erzielen. Zusammen mit der zuständigen Senatsverwaltung und der Zivilgesellschaft haben wir eine bundesweit einmalige Ernährungsstrategie entwickelt. Seither wird die Umstellung in den Gemeinschaftsküchen für mehr bio, regional, vegetarisch und vegan von „Die Kantine Zukunft Berlin“ Stück für Stück umgesetzt. Wir erhöhen auch den Bioanteil im Schulessen ab August 2021 von 15 % auf mindestens 50 %. Perspektivisch wollen wir natürlich 100 % bio und mehr regionale Lebensmittel.

Viel geschafft, noch viel vor!

In der nächsten Legislatur sind mir folgende drei Punkte besonders wichtig:

1. Ich will einen starken Wahlkampf führen. Die SPD hat für eine lange Zeit den Bürgermeister gestellt, ein Wechsel von Müller zu Giffey reicht nicht. Es ist an der Zeit für einen Politikwechsel im Roten Rathaus: Berlin braucht eine Grüne Regierende Bürgermeisterin.
2. Ich will der Klimakrise weiterhin entgegenwirken. Ich setze mich dafür ein, dass dort, wo heute Autos stehen oder die Flächen versiegelt sind, morgen Bäume wachsen, Regenwasser absickert und Urban Gardening stattfinden kann. Dabei ist es mir wichtig, dass vor allem dort entsiegelt wird, wo Grün- und Freiflächen fehlen und die Umweltbelastung hoch ist. Denn eine gesunde Umwelt und der Zugang zu Stadtgrün sind auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.
3. Ich will die Agrar- und Ernährungswende in Berlin weiterhin vorantreiben. Dafür mache ich mich für den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Region stark. Zusammen mit der Zivilgesellschaft will ich dafür weiter streiten, dass in jedem Bezirk mindestens ein Lebensmittelzentrum errichtet wird. Ein Food-Campus ist ein weiteres Projekt, für dessen Realisierung ich auch weiter kämpfen will. Gutes Essen für alle ist mein Ziel.



Dr. Turgut Altug

Foto: privat

■ Dr. Turgut Altug, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Kleingärten der Zukunft

Kleingärten sind wichtig für das Stadtklima, die Erholung, den Artenschutz und nicht zuletzt den Bodenschutz. In Zeiten der Klimakrise ist es wichtiger den je, diese Orte zu schützen und zu erhalten. Aber: Ein gepachteter Kleingarten ist ohne Frage ein Privileg.

In Berlin gibt es ca. 71.000 Kleingärten, die 2.900 ha Fläche einnehmen. Die Nachfrage nach einer Kleingartenparzelle ist unverändert stark und hat sich während der Corona-Pandemie noch vergrößert. Wartezeiten bis zu acht Jahren sind keine Seltenheit. Die politische Einstellung gegenüber Kleingärten hat sich merklich geändert und ihr ökologischer und sozialer Wert wurde mittlerweile erkannt. Dies ist ohne Frage auch ein Verdienst von uns Grünen. Die Grüne Fraktion hat inzwischen einen 10 Punkte Plan zur dauerhaften Sicherung von Kleingärten beschlossen, der auf der Homepage der Fraktion zu finden ist.

Klimaschützend, sozialgerecht und divers!

Neben dem Schutz und der Perspektive gibt es noch weitere Baustellen. Manche Kleingartenkolonien haben verstanden, sich viel mehr als bisher in die Kieze zu öffnen und möglichst viele Menschen von diesen wertvollen Orten auf landeseigenen Flächen, öffentlichem Land, profitieren zu lassen. 14.000 Bewerbungen zeigen, dass es viele Menschen in Berlin gibt, die gärtnern wollen. Daraus habe ich folgende Forderungen und Vorschläge für die Diskussion mit den Kleingärtner*innen und der Stadtgesellschaft entwickelt:

Vergabe: Landeseigene Flächen, auf denen sich Kleingärten befinden, gehören allen und möglichst viele sollen von ihnen profitieren. Für eine sozial gerechte Vergabe muss sichergestellt werden, dass es dafür einheitliche und transparente Vorgaben gibt. Es müssen dabei auch zwingend soziale und ökonomische Aspekte berücksichtigt werden. Einkommensschwache Haushalte müssen leichter

eine Parzelle bekommen als es aktuell der Fall ist. Sie müssen z.B. kein Pachtzins zahlen.

- (Klein)Gärten für viele: Ziel muss es sein, dass möglichst viele Berliner*innen im Laufe ihres Lebens einen Kleingarten pachten können, beispielsweise durch eine Begrenzung der Pachtzeit. Auch das Pachten einer Kleingartenparzelle durch mehr als eine Familie oder mehrere Personen muss möglich sein. Zudem ist es wichtig, dass ein bestimmter Mindestanteil der Fläche einer Kleingartenanlage für das gemeinschaftliche Gärtnern den Schulen, Kitas, Initiativen aus den Kiezen zur Verfügung gestellt wird.
- Entsigelung und Umwidmung der Flächen: Bisher versiegelte Flächen und Autoabstellplätze sollen als Gemeinschaftsgärten oder Kleingartenparzellen dienen oder mit Bäumen, Bienenweiden begrünt werden.
- Mehr Klimaschutz, Ökologie: Es muss ein Konzept mit dem Kleingartenwesen, Umwelt- und Naturschutzverbänden, Bezirken und zuständigen Senatsverwaltungen für mehr Klimaschutz erarbeitet werden.
- Transformation des Kleingartenwesens: Die Transformation soll durch einen Beirat bestehend aus u.a. den Kleingärtner*innen, zuständigen Verwaltungen (SenSW, SenUVK, SenFin und Bezirke), Umwelt- und Naturschutz- aber auch Sozialverbänden begleitet werden.

■ Dr. Turgut Altug, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Stadt anders denken

Aus Wahlkreis 4 für ganz Berlin: Blechlawinen drücken sich durch Wohnquartiere, Parkblech verstopft die Straßen, gefahren und geparkt wird, wie und wo es gefällt und nicht, wie und wo es erlaubt ist. Die Innenstadt kollabiert und die Staus reichen bis in die Außenbezirke. Seit 100 Jahren wird Berlin als Autostadt gedacht und geplant - im Westen wie im Osten - und ist inzwischen am Limit angekommen.

Mit dem Radentscheid und der immer stärker werdenden Klimaschutzbewegung kommt allerdings eine neue Dynamik in die Stadt. Immer mehr Menschen wollen nicht mehr in einer Stadt leben, wo das Auto eine höhere Priorität hat als sie selbst. Der Paradigmenwechsel „Öffentlicher Raum“ ist nunmehr auch in Berlin eingeläutet.

Immer mehr Bewohner*innen engagieren sich für autofreie bzw. durchgangsbefreite Wohnkiese. Immer mehr Menschen steigen in den Fahrradsattel und erwarten sichere Radstreifen und sichere Kreuzungen. Zufußgehende haben sich organisiert und haben klare Vorstellungen von und Forderungen nach sicheren und barrierefreien Gehwegen.

In den Außenbezirken wird der schnelle Ausbau des ÖPNV gefordert – Busse, die länger als bis zur Tagesschau fahren und ein deutlicher Ausbau des Tramnetzes. Es braucht Radschnellverbindungen von außen nach innen und Radparkhäuser an den Bahnhöfen.

Der Mobilitätswendeanschluss der Außenbezirke ist zwingend, da es sonst nur sehr schwer möglich ist, den Durchgangsverkehr durch die Innenstadtbezirke deutlich zu reduzieren. Im Moment arbeiten wir mit Diagonalsperren, Einbahnstraßensystemen, Geschwindigkeitsreduzierungen, Pollern, Straßenver-

engungen, Zebrastreifen, Radstreifen mal protected und mal nicht, Umwandlung von Autoparkplätzen in Fahrradparkplätze. Trotzdem bleibt das Instrument – die nachdrückliche Reduzierung der Anzahl der Autos – als eines der wichtigsten bestehen. Dabei spielt der jeweilige Antrieb des Autos keine Rolle, es geht um eine Minimierung der Quantität. Je weniger Pendler*innen täglich mit dem Auto in die Stadt rein- und rausfahren, umso besser.

Dass die Berliner Regierung es nach so vielen Jahren nicht geschafft hat, den Bund vom Weiterbau der A100 abzubringen, ist mehr als ärgerlich. Autobahnausbau in einer so dicht besiedelten Metropole wie Berlin ist verblechte 70ziger-Jahre Auto-Politik. Die Kosten sind bereits ins Unermessliche gestiegen, wir bräuchten den Platz für Wohnungsausbau – statt immer wieder das Tempelhofer Feld in Frage zu stellen – und wir bräuchten den Platz zum Ausbau von Grünflächen mit Aufenthaltsqualität.

Während CDU, SPD und FDP über Flugtaxis, Seilbahnen und U-Bahnausbau phantasieren, werfen sie uns Grünen gleichzeitig Weltfremdheit vor, wenn wir mit den Anwohnenden und Initiativen über Entsigelung und Kiezblocks diskutieren. Verkehrspolitik lässt sich längst nicht mehr von einer ganzheitlichen Stadtentwicklung



Monika Herrmann

Foto: ck

trennen. Solitäre Planungen für ein Verkehrsmittel Auto funktionieren in einer Metropole wie Berlin nicht mehr. Reale Vorbilder aus anderen Großstädten gibt es längst. So ist die 15-Minuten-Stadt ein vielversprechendes Projekt. Die Stadt der kurzen Wege ist ein Leitbild, um bei der Planung wieder den Menschen und seinen Lebensalltag in den Mittelpunkt zu stellen. Alle wichtigen Anlaufstellen wie Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Versorgung, Kitas, Schulen und Behörden sollten im Umkreis von 15 Minuten liegen. Die Straßen in den Quartieren bieten nur noch für Zufußgehende und Fahrradpendler Platz und die Kiese sind möglichst autofrei und vor allem auch barrierefrei. Nicht nur

die Luftverschmutzung wird hierbei immens minimiert werden, auch die Aufenthaltsqualität der dort wohnenden Menschen wird sich erheblich verbessern. Autoparkplätze oder Straßen können in Parks, Stadtgärten für Urbanes Gärtnern und Spielplätze umgestaltet oder auch für den innerstädtischen Wohnungsbau genutzt werden.

Noch fällt es vielen Menschen schwer, sich dies vorzustellen. Zu sehr ist das Jetzt in den Köpfen verankert. Das Auto ist überpräsent, was auch nicht verwundert, da es das Stadtbild massiv dominiert. Wenn der Umbau der Stadt gelingen soll, müssen wir uns mit der Bedeutung des Autos für die verschiedenen Autobefürworter*innen auseinandersetzen. Die einen meinen das Auto zu brauchen, weil sie sonst ihren Alltag mit Kindern und Einkauf nicht bewältigen können. Andere sind auf Grund körperlicher Einschränkungen auf das Auto angewiesen. Etliche haben das Auto als Statussymbol. Und für manche ist es das Freiheitssymbol per se. Manche wollen sich schlicht nicht umstellen und meinen, mit dem Auto ginge alles einfacher. Wir müssen also Beispiele, Vorbilder und Alternativen bieten, die einen Umstieg weg vom Auto vorstellbar machen. Wir müssen in der Verkehrspolitik außerdem diverser werden. Welche Bevölkerungsgruppen sind eigentlich maß-

geblich dabei und welche beteiligen sich gar nicht bzw. fühlen sich auch nicht angesprochen? Welche Themen müssen wir setzen, damit die Mobilitätswendebewegung noch breiter aufgestellt werden kann, dass sich tatsächlich alle angesprochen fühlen – das sind die Aufgaben, die ebenfalls noch vor uns liegen.

Was jedoch zweifelsfrei feststeht: Die Stadt von Gestern und Heute wird nicht mehr die Stadt von Morgen sein. Klimaschutz und Mobilitätswende lassen sich nicht in einige Nebenstraßen verschieben und der Rest bleibt wie bisher. Bereits jetzt ist der Radverkehr massiv angestiegen. Noch mehr Menschen würden Rad fahren, wenn wir eine sichere Infrastruktur hätten. Autolobbyisten merken, dass der Umdenkungsprozess breitere Teile der Bevölkerung bereits erreicht hat und kämpfen um ihren Status Quo. Daher muss die Auseinandersetzung ehrlich geführt werden. Es wird Veränderungen geben. Es wird in Berlin zukünftig deutlich weniger Platz für Autos und deutlich mehr Platz für den ÖPNV, das Rad und den Fußverkehr zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt und die erforderliche Infrastruktur werden zunehmend fokussierter vom Menschen aus gedacht werden (müssen).

■ Monika Herrmann, Bezirksbürgermeisterin

Für ein solidarischeres Miteinander

Aus Wahlkreis 5 und für den Friedrichshainer Nordkiez ins Berliner Abgeordnetenhaus

Freiheit und Selbstbestimmung zogen mich als jungen schwulen Mann in den queeren und bunten Friedrichshainer Nordkiez. Vor meiner Haustür möchte ich mitgestalten, deshalb kandidiere ich für die Xhainer Grünen für diesen Wahlkreis. In einem der am dichtesten bebauten Kieze der Stadt macht eine ökologische und solidarische Politik den Unterschied. Das bedeutet für mich konkret: Verdrängung den Riegel vorzuschieben und Mieter*innen zu schützen, die Verkehrsberuhigung im Samariterkiez voranzutreiben, sichere Radwege an Frankfurter Allee und Petersburger Straße dauerhaft zu schaffen und so viel Potential für Grünflächen wie möglich zu nutzen und neue zu schaffen. Ob Pocket-Parks durch Entseigerung von Parkplätzen oder Innenhofbegrünung, eine blühende Stadtnatur ist nicht nur eine Frage des Klimaschutzes, sondern auch der Lebensqualität.

Der Nordkiez ist geprägt von Alt-ingesessenen und jungen Familien, von Ökoläden neben Spätis, Neubauten neben besetzten Häusern und nicht zuletzt einer aktiven und solidarischen Nachbarschaft. Mir ist dabei wichtig, dass wir nicht nur vom vielfältigen und bunten Berlin reden. Ja wir stehen dazu, dass in Berlin alternative, linke, queere und emanzipatorische Lebensformen Platz haben und ja, damit machen wir der Kommerzialisierung, Briefkastenfirmen und Großinvestoren eine Kampfansage. Das Berlin, das heute so attraktiv ist, ist nicht vorstellbar ohne seine Club-

kultur, ohne seine vielfältigen Kunst- und Kulturangebote, ohne Freiräume. Ich möchte nicht zusehen, wie wir nach und nach das verlieren, was unsere Stadt so besonders macht. Ich möchte sachliche Debatten führen, um den Kiez solidarisch zu gestalten, und zwar zusammen mit denen, die hier wohnen.

Die Vielfalt des Bezirks, die Friedrichshainer Perspektiven, möchte ich als direkt gewählter Vertreter in das Abgeordnetenhaus tragen – als starke Stimme für den Friedrichshainer Nordkiez. Mein Verständnis von Politik: Es geht nicht darum, es besser zu wissen – es geht darum, gemeinsam etwas vorzubringen. Die Stadt von Morgen gestalten wir nur zusammen mit der Berliner Stadtgesellschaft. Politik ist angewiesen auf die laute, lebendige, kreative und engagierte Zivilgesellschaft. Sie ist nicht nur mit Fridays For Future, Berlin autofrei oder Deutsche Wohnen & Co. entgegen, Verbündete und Antreiberin für uns Grüne. Ich sehe uns in der Pflicht, Politik auf Augenhöhe mit den Menschen zu gestalten, erst recht in Regierungsverantwortung. Beteiligung ist kein Nice-to-have, sondern Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Gemeinsam bringen wir die Stadt voran.

Packen wir es an, damit Berlin und Friedrichshain-Kreuzberg so grün, sozial, gerecht und vielfältig werden, wie nie zuvor.

■ Vasilii Franco

Ran an die Strukturen und Institutionen

208 Menschen sind seit 1990 in Deutschland von Rechtsextremist*innen getötet worden, 13 der Opfer waren aus Berlin. Die menschenverachtende rechte Ideologie bedroht unsere Demokratie und kostet Menschenleben.

Immer wiederkehrend sehen wir, wie die Gewaltbereitschaft und Radikalisierung der rechten Szene den Worten Taten folgen lässt. Die Reaktionen der Sicherheitsbehörden bleiben unzureichend. Stattdessen häufen sich Ermittlungsspannen, zwielichtige Verbindungen in die rechte Szene werden bekannt, rechte Chats bei der Polizei und sogar bei Polizeischüler*innen geben allen Grund zu zweifeln.



Vasilii Franco

Foto: privat

Die vielfältige, offene Gesellschaft steht zunehmend unter Druck. Sei es durch die AfD, Coronaleugner*innen oder durch gewaltbereite Rechtsextremist*innen. Es ist höchste Zeit, diesem Angriff auf unsere Demokratie eine andere Innenpolitik entgegenzusetzen. Grüne Innenpolitik ist für mich Gesellschaftspolitik, Zusammenhalt und Solidarität statt Law and Order die Devise. Wir dürfen dieses Feld nicht

den Giffey, Wegners und Wendts überlassen.

Gerade als Verwaltungswissenschaftler bin ich der festen Auffassung, dass Demokratie und Rechtsstaat sich nur beweisen, wenn sie in den Strukturen gelebt werden. Bisher lautet das Mantra nach jedem Vorfall: Mehr! Mehr Aufrüstung, mehr Polizei, mehr Kompetenzen. Strukturelle Fragen gehen im Getöse der Hardliner, die die Gunst der Stunde nutzen wollen, meist unter. Es braucht eine Kehrtwende, denn öffentliche Sicherheit schaffen wir nicht durch immer mehr Aufrüstung, sondern durch soziale Infrastruktur, Präventions- und Hilfsangebote und eine Polizei, die da ist, wenn man sie wirklich braucht – und zwar für alle.

Das gelingt nur durch Veränderung in den Strukturen, endlich schafft R2G in Berlin daher eine*n unabhängige*n Polizeibeauftragte*n. Aber das kann nur ein erster Schritt für den notwendigen strukturellen Wandel sein. Dieser ist nicht gleichzusetzen – wie so oft fälschlicherweise verlautbart – mit einem vermeintlichen „Generalverdacht“ gegen die Sicherheitsbehörden. Es geht vielmehr darum, Vertrauen in die Behörden wiederherzustellen, Nachvollziehbarkeit und Transparenz gegenüber dem Parlament aber auch gegenüber der Öffentlichkeit herzustellen. Vertrauen gewinnt man, indem man aus Fehlern lernt, nicht indem man sie unter den Teppich kehrt. Das gilt gerade für die Sicherheitsbehörden als sichtbaren Arm des Gewaltmonopols. Deshalb braucht es in der kommenden Legisla-

turperiode eine Berliner Polizeistudie, eine Enquetekommission zu rechten und rassistischen Strukturen in den Sicherheitsbehörden und endlich die Reform des Landesamts für Verfassungsschutz. Letzteres wurde zwar wiederholt gefordert, faktisch passiert ist nichts. Dabei gebe es allen Grund. Vom Breitscheidplatz über Neukölln bis hin zu Datenleaks ins rechte Milieu, seinen Aufgaben ist der Verfassungsschutz nicht gerecht worden. Da ist die Frage berechtigt, ob das für die Verfassung noch Schutz oder eher eine Gefahr darstellt.

Was mittlerweile allen klar sein sollte: bei all dem sichtbaren Versagen reicht es nicht aus, nur überrascht zu sein. Nicht nur die Probleme, genauso die Lösungen liegen auf dem Tisch. Aber eben nicht durch die plumpe Forderung nach „mehr“ davon, sondern durch strukturellen und gesellschaftlichen Wandel. Eine wehrhafte Demokratie bedeutet, dem Druck von rechts nicht nachzugeben, sondern sich konsequent entgegenzustellen. 1992 wurde Silvio Meier in Friedrichshain von Nazis ermordet, weil er sich ihnen und ihrer Ideologie entgegen gestellt hatte. Seit 2016 vergibt der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einen Preis für das Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung. Nur ein kleiner Baustein, als Antwort des gesellschaftlichen Zusammenhalts – für ein Berlin, in dem sich jede*r sicher fühlen und frei und selbstbestimmt entfalten kann.

■ Vasilii Franco

Mein Engagement für Wahlkreis 6

Von der Scharnweberstraße über den Boxi bis zum Rudolfskiez und weiter zur Spree, von der Warschauer Straße über das RAW-Gelände bis zum Ostkreuz und nach Stralau: Der Wahlkreis 6 in Friedrichshain hat viele Gesichter und ganz unterschiedliche Ecken.

Seit zehn Jahren mache ich Politik im Bezirksparlament für Friedrichshain-Kreuzberg. Rund um die Simon-Dach-Straße war ich in den letzten Jahren viel unterwegs, wenn es um die Auswirkungen des Massentourismus ging. Beim RAW haben wir dafür gekämpft, dass soziokulturelle Läden dauerhaft zu sichern – und werden das auch weiterhin tun. Auf Stralau sind die Themen Neubau, die zeitgemäße Anbindung an den ÖPNV und der Umgang mit den Uferflächen zentral. Rund um den Markgrafendamm habe ich mich zusammen mit vielen anderen für den Erhalt von Freiräumen und die Clubkultur eingesetzt und gegen den falschen Weiterbau der A100 demonstriert – denn dieser Autobahn-Wahnsinn muss endlich gestoppt werden. Ich bin hier im Bezirk aufgewachsen und habe die Veränderungen der letzten Jahrzehnte mitbekommen. Vom verrufenen Problembezirk hin zum gefragten „Place to be“. Ich habe persönlich erlebt, wie Menschen aus der Nachbarschaft verschwanden, weil sie die Miete nicht mehr zahlen konnten. Und das gilt nicht nur für Wohnungen. Dem etwas entgegenzusetzen, dafür mache ich Politik.

Gemeinsam haben alle Kieze im Wahlkreis und in ganz Berlin, dass immer weiter steigende Mieten die Menschen vor Probleme stellen. Zwar ist der Mietendeckel vom Bundesverfassungsgericht gestoppt worden, das Gericht hat ihn aber grundsätzlich für möglich erklärt. Deshalb müssen auf Bundesebene endlich die entsprechenden Gesetze geändert werden, um mehr Mieter*innenschutz zu ermöglichen. Wichtig bleibt auch die konsequente

Ausübung des Vorkaufsrechts, das nur im Zusammenspiel zwischen Bezirken und Senat funktionieren kann. Genauso wie der Kampf gegen spekulativen Leerstand oder die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen – denn Verdrängung ist kein Naturgesetz. Und wir brauchen einen sozialen Wohnungsbau, der seinen Namen auch verdient. Das Ziel bleibt der gemeinwohlorientierte Umbau des Berliner Wohnungsmarkts, bei dem zukünftig mindestens 50 % aller Wohnungen in gemeinwohlorientierter Hand sind.

Zu unseren Kiezen gehören aber auch der öffentliche Raum mit seinen Plätzen, Grünflächen, Ufern und Spielplätzen. Wie wichtig diese Orte sind, hat die Corona-Pandemie deutlich gezeigt. Gerade wer in einer kleinen Wohnung lebt oder keinen eigenen Balkon hat, braucht öffentliche Orte für die Erholung. Doch Bäume und Pflanzen leiden massiv unter der Trockenheit und den hohen Temperaturen der letzten Jahre – wie die umgestürzte Linde auf dem Boxi auf traurige Weise zeigt. Umso wichtiger ist konsequentes Handeln gegen den Klimawandel. Dazu gehört auch mehr statt weniger Grün – insbesondere in den hochverdichteten Gründerzeitquartieren. Dafür ist auch die Verkehrswende ein wichtiger Baustein. Über Jahrzehnte wurde in Berlin für das Auto geplant und die „autogerechte Stadt“ in Beton gegossen. Das hat sich mit der grünen Verkehrssenatorin auch auf Landesebene endlich geändert. Gleichzeitig bleibt nicht nur im Friedrichshainer Südkiez sondern auch auf Stralau noch einiges zu tun. Entscheidend sind neue Ver-



Julian Schwarze Foto: Bert Brüggemann

kehrskonzepte, die nicht nur einzelne Straßen in den Blick nehmen, sondern ganze Wohnblocks im Zusammenhang denken. Auch darf es nicht mehr passieren, dass wichtige ÖPNV-Anbindungen einfach unterbrochen werden, wie jüngst auf Stralau erneut passiert. Hier muss die Landesebene die BVG in die Pflicht nehmen, für adäquaten Ersatz zu sorgen.

Die nächsten Jahre werden entscheidend sein, ob es gelingt, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Zusammen mit den Menschen und Initiativen vor Ort möchte ich dafür kämpfen, dass die sozial-ökologische Weiterentwicklung unserer Stadt gelingt. Dafür trete ich als Direktkandidat an.

■ Julian Schwarze, Bezirksverordneter

Kiez statt Kommerz

Das Kiezwirtschaft ist durch die Coronapandemie noch mehr in Bedrängnis. Auch vorher war der Druck schon sehr hoch.

Immer wieder melden sich kleine Läden bei uns, die vor dem Aus stehen, weil ihnen gekündigt wurde oder die nächste Mieterhöhung viel zu hoch ist. In manchen Ecken im Bezirk werden schon über 40 Euro pro Quadratmeter verlangt. Wenn die Gewerbeten aber immer weiter steigen, dann bleiben am Ende die übrig, die am meisten zahlen können – und das sind die immer gleichen Ketten und gesichtslosen Großkonzerne. Das ist aber nicht die Stadt, in der wir leben wollen.

Gerade beim Thema Gewerbeten ist die Schiefelage besonders deutlich. Anders als beim Mietrecht für Wohnungen gibt es hier quasi keine Regulierung. Wenn ein Vermieter sich überlegt, den Vertrag nicht mehr zu verlängern oder die Miete zu verdoppeln, kann er das tun – das muss sich ändern und die Lösungen dafür haben wir Grüne auch längst auf den Tisch gelegt. Klar, dafür brauchen wir auch die Bundesebene. Gleichzeitig müssen auf Landesebene alle Möglichkeiten ausgeschöpft und neue Wege gegangen werden, um die vielfältigen Gewerbestrukturen zu schützen – dafür möchte ich mich einsetzen.

Durch Corona gerät das Kiezwirtschaft noch mehr in Bedrängnis als vorher schon. Wir brauchen deshalb echte Mieterlässe statt Stundungen mit Zinsen. Und wir brauchen die Unterstützung durch die Landesebene mit passenden Förderprogrammen – und zwar auch über 2021 hinaus. Denn die Pandemie darf nicht die unzähligen kleinen Läden und Kiez-Cafés vernichten.

Neben den Mietpreisen geht es aber auch um die Raumfrage. Der Verkauf der früher landeseigenen GSG-

Gewerbeten durch den damalige rot-roten Senat war ein Riesenschmerz. Das müssen wir korrigieren. Mit der WISTA wurden hierfür erste Schritte getan, und neue Gewerbeten geschaffen – wir brauchen aber mehr davon, sowohl für Handwerker*innen wie für Künstler*innen, denn auch das gehört zu einer wachsenden Stadt dazu.

Wenn es um vielfältige Gewerbestrukturen geht, dann spielt auch der Tourismus eine wichtige Rolle. Denn der Tourismus hat nicht nur positive, sondern auch viele negative Auswirkungen auf unsere Kieze. Durch eine veränderte Nachfrage bilden sich nicht selten touristische Monstrukturen, die dann zu Lasten eines vielfältigen Gewerbeten gehen. Laut einer Umfrage von Visit Berlin fühlt sich ein Drittel der Menschen in unserem Bezirk durch den Tourismus gestört. Zwar hat die Pandemie den Städtetourismus fast zum Erliegen gebracht. Das wird aber nicht so bleiben. Wir müssen die Zeit jetzt nutzen, um die Probleme anzugehen und die Tourismuspolitik neu aufzustellen. Hierzu gehört auch, dass sich berlinweit die Genehmigung neuer Hotels an der Stadtverträglichkeit und der Zahl bereits bestehender Betriebe orientieren muss. Auch bereits geplante Standorte gehören auf den Prüfstand. Denn die Flächen können wir sinnvoller nutzen. Statt Besucherrekorde und Ballermann brauchen wir einen stadtverträglichen Tourismus, der die Menschen in den Kiezen in den Mittelpunkt stellt.

■ Julian Schwarze, Bezirksverordneter

Communalisierung in Friedrichshain-Kreuzberg

Hierzu eine Bilanz und Perspektiven von unserem Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Facility Management Florian Schmidt.

Seit 2017 wurden im Bezirk ca. 4.000 Wohnungen über Vorkauf, Abwendung oder präventiven Erwerb abgesichert. Das sind ca. 2,7 % der rund 150.000 Wohnungen im Bezirk. Damit ist der Anteil gemeinwohlorientierter Wohnungen von 25 % auf 28 % gestiegen. Hinzu kommen Verträge zur Vermeidung von Modernisierungumlagen bei 4.000 Wohnungen und zahlreiche kommunale Neubauprojekte. Neue kommunalistische Allianzen und Kooperationen von Politik und Zivilgesellschaft machen es möglich, dass die Communalisierung von mindestens 50 % der Wohnungen ein realistisches Ziel ist.

Viele Alteigentümer*innen, die Kirchen oder karitative Träger sind mit moderaten Mieten zufrieden, haben oft ein persönliches Verhältnis zu Mieter*innen. Und es gibt Genossenschaften, kommunale Wohnungsunternehmen, Stiftungen und das Miethäusersyndikat. Diese Akteure sind derzeit dabei, die Stadt zurückzukaufen. Friedrichshain-Kreuzberg ist Hotspot der Bewegung. Wir Grünen und das Bezirksamt sind Teil der Bewegung. Unser Ziel ist es, dass mindestens 50 % der Wohnungen gemeinwohlorientiert sind, wie es in Wien der Fall ist. Doch während Wien über 100 Jahre einen kommunalen und genossenschaftlichen Neubau gefördert hat, muss Berlin und Friedrichshain-Kreuzberg auf die Communalisierung des Bestandes setzen.

Die Bewegung der Communalisierung

Communalisierung mit C steht für die Überführung von Immobilien in gemeinwohlorientierte Bewirtschaftungsformen. Es geht also nicht nur um Kommunalisierung mit K, womit Verstaatlichung gemeint ist. Das C steht für das englische Wort „Common“, zu Deutsch Gemeingut. Unter Communal sind Bewirtschaftungsformen zu verstehen, die Immobilien vom spekulativen Immobilienmarkt abkoppeln und das Allgemeinwohl im Blick haben. Natürlich sind bestimmte Eigentumsformen, wie z.B. Genossenschaften oder kommunale Gesellschaften, per se mehr auf das Gemeinwohl verpflichtet als ein Haus in Familienbesitz, dass jeder Zeit verkauft werden kann. Doch das große Ziel den Immobilienmarkt zu einem kommunalen Wohnungswesen umzubauen, können wir nur

erreichen, wenn wir alle Kräfte zusammenführen, auch die von sozialen Privateigentümer*innen. Teil der Bewegung sind auch Banken, die ihren Kunden ermöglichen, in soziale Immobilienprojekte zu investieren. Ersparnis in Gemeinwohlimmobilen anlegen hat großes Potential. Auch viele Mieter*innenvereine und -initiativen ziehen am selben Strang. Die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen vorneweg.

Wir holen uns die Stadt zurück

Aktuell schreibe ich ein Buch, in dem ich die Bewegung der Communalisierung erkläre. Es trägt den Titel: „Wir holen uns die Stadt zurück“ und erscheint bei Ullstein. Communalisierung betrachte ich als eine neue Bewegung, weil ich erlebt habe, welche Durchsetzungskraft bei einigen Projekten entstanden ist. Da war zunächst 2017 ein Haus in der Zossenerstraße 48. Mit unglaublichem Elan schafften es die Mieter*innen, vorneweg die fantastische Yvonne von Langsdorf, das Haus im Rahmen des Vorkaufs mit einer Stiftung und dem Miethäusersyndikat zu erwerben. 2018-19 dann der Rückkauf von 800 Wohnungen in der Karl-Marx-Allee. Obwohl die Deutsche Wohnen bereits gekauft hatte, konnten wir gemeinsam mit den Mieter*innen und dem Senat das Unmögliche schaffen. Durch ein innovatives Modell, bei dem zunächst die Mieter*innen ihr Vorkaufsrecht ausübten, wurden die Wohnungen von der landeseigenen Gewobag erworben. Ein anderes Beispiel ist die Genossenschaft Diese eG. Mit viel Mut gründeten die Mieter*innen 2019 eine Genossenschaft und setzten gemeinsam mit dem Bezirk ein neues Modell beim Vorkauf um. Eine Revolution nannte das die Süddeutsche Zeitung. 10 Häuser wurden in genossenschaftlichen Besitz überführt. Ab 2020 zogen dann weitere Genossenschaften nach und das Bezirksamt übte öfter für Genossenschaften als für landeseigene Gesellschaften das Vorkaufsrecht aus, darunter die Am Ostseeplatz eG, die Brehmer Höhe eG oder die Grüne Mitte Hellersdorf eG. Schließlich begannen Hausgemeinschaften, den präventiven Erwerb in Kooperation mit dem Bezirksamt umzusetzen. Sie erwarben ihre Häuser direkt von Eigentümer*innen, ohne den Umweg übers Vorkaufsrecht.



Objekt der Begierde: Karl-Marx-Allee 100

Foto: rs

Am Mehringplatz engagierten sich ab 2020 Mieter*innen von 350 Wohnungen in einem privaten Sozialbau für eine klassische Kommunalisierung. Unterstützt wurden sie von Norbert Bogedein, dem Vorstand des Mieterbeirats der Karl-Marx-Allee, und der vom Bezirk geförderten Bauhütte in der Friedrichstraße. Schließlich erwarb die landeseigene Howoge den Wohnkomplex. Am Kotti wurden über 600 Wohnungen kommunalisiert. Die Genossenschaft Eine für Alle arbeitet seit Jahren an der Communalisierung der Gewerbehöfe in der Ratiborstr. 14 und der Lausitzerstr. 10/11 – jetzt fehlt noch das OK des

Senats. Die Beispiele zeigen, dass das Engagement der Betroffenen und die Zusammenarbeit mit Akteuren der gemeinwohlorientierten Immobilienwirtschaft zum Erfolg führen.

Neue Akteure und Kooperationsformen

Die von der Rot-Rot-Grünen Koalition gesetzten Rahmenbedingungen waren entscheidend für die Erfolge der Communalisierung. Durch Fördermittel, immer wieder eingefordert durch unsere Abgeordnete Katrin Schmidberger, konnten kommunale

und genossenschaftliche Unternehmen oft Ankauf und Vorkauf meistern. Viele Abwendungsvereinbarungen, mit denen Käufer*innen sich auf den Milieuschutz verpflichten, konnten abgeschlossen werden, weil die Drohkulisse Vorkauf real war. Ebenso wichtig war es Unterstützungstrukturen zu schaffen. In Friedrichshain-Kreuzberg sind das die Arbeits- und Koordinierungsstruktur für gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung (kurz AKS), für Bestandsimmobilien und das Projekt LokalBau für kooperativen Neubau. Das Projekt Häuser Bewegen, die AKS und das Bezirksamt haben mittlerweile einige Häuser auf dem Weg zum präventiven Erwerb beraten und begleitet. Wöchentlich melden sich Hausgemeinschaften. Gemeinsam mit vielen Initiativen und Projekten wurde Deutschlands erste Bodenstiftung nach dem Vorbild des Community Land Trust ins Leben gerufen, die Nachbarschaften in die Bewirtschaftung von Immobilien einbezieht. Die Kooperationsplattform „Baustelle Gemeinwohl“ wurde von Initiativen für leistbare und offene Räume gegründet. Die Idee einer Stadtwerkstatt auf dem Dragonerareal wurde entwickelt. Ihr Ziel ist es, den Menschen einen zentralen Ort für das gemeinsame Gestalten der Stadt zu bieten. Sobald das Pandemiegeschehen es erlaubt, wird es erste Veranstaltungen geben. Als Pilotprojekt für ganz Berlin wurde von betroffenen Hausgemeinschaften, der AKS und dem Bezirksamt der Vorkaufsrat Xhain gegründet. Im Vorkaufsrat tauschen sich Vorkaufshäuser mit dem Bezirk und kooperierenden Organisationen aus, um das Vorkaufsrecht umzusetzen und zu verbessern.

Die letzten vier Jahren waren der Auftakt für einen langen Weg zur Communalisierung. Doch die Zahlen zeigen, dass ein erster Schritt getan ist. Kooperationsstrukturen sind aufgebaut, Partner stehen bereit. Nun kommt es darauf an weiter zu machen und nicht nachzulassen, denn die Immobilien in unserem Bezirk sind weiterhin Betongold. Die Menschen erwarten, dass die aktuellen Erfolge kein Strohfeuer waren, sondern die Politik langfristige Strategien und Lösungen verfolgt.

■ Florian Schmidt, Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Facility Management

In welcher Stadt wollen wir leben?

Der Zeitgeist stellt unser Dasein auf den Kopf, unsere Wahrnehmungen über das soziale und berufliche Umfeld werden umgekrempelt, neu definiert. Ganze Branchen werden bis ins Mark getroffen: Kultur, Gastronomie und Handel. Währenddessen marschieren selbsternannte "Querdenker" durch das Land und beschweren sich über die "Diktatur". Sie scheuen nicht den Vergleich zwischen Deutschland und Nord-Korea.

Die Demonstrant*innen, die den „Sturm auf Berlin“ beschwören, haben lange darauf gewartet, dass ihre Rhetorik und ihr Diskurs salonfähig werden. Gruppierungen unterschiedlicher Motivationen wie Esoteriker*innen, Coronaleugner*innen, Neonazis, Reichsbürger*innen und AfD-Mitglieder laufen jede Woche Seite an Seite. Das Klima ist rau: in der Stadt, im Bezirk und im Kiez. Die Populist*innen leben nicht mehr jwd, sondern sind mitten unter uns. Sie lehnen sich immer mehr aus dem Fenster und nehmen für sich in Anspruch „Das Volk“ zu sein.

Wer glaubt, Solidarität sei in Deutschland selbstverständlich, darf daran erinnert werden, wie es bei der ersten Welle in den Regalen der Supermärkte ausgesehen hätte. Als es um Nudeln, Klopapier und Hefe ging. Das Zwischenmenschliche im Alltag wird immer knapper. Die Praxis des Denunzierens und Intrigierens erfährt Hochkonjunktur. Ein Mitbewohner

aus meinem Kiez, sonst sehr in sich gekehrt, stellte sich als Querdenker heraus und tobt sich jetzt im Telegram-Kanal mit Gleichgesinnten aus. Das ist zwar nicht überraschend, aber doch sehr verstörend.

Die Zukunft beginnt jetzt

Wir können den Welthunger nicht lösen, aber wir können ihn abmildern, wenn wir vor unserer eigenen Tür anfangen. Woanders, weit weg aus dem eurozentrischen Weltbild, werden die Menschen ihrer Lebensgrundlagen beraubt.

Kinder und Jugendliche suchen auf Elektronikschrottdeponien in Ghana Gold und Kupfer für einen Hungerlohn, um ihre Familie über den Tag zu bringen. In Südostasien landet unser Müll mit den Schwindeletikett „Rohstoffverarbeitung“ und trägt zur sozialen Ungleichheit

zwischen oben und unten bei. Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe, um den Menschen vor Ort eine Perspektive zu geben, sieht anders aus. Wir müssen über den Tellerrand Europas hinausdenken und lokal handeln, um Grundlegendes zu verändern.

Mit Begegnungsstätten, mit kreativen Werkstätten, mit der Verbreitung von Baumpatenschaften, Räumen für Frauen mit Migrationsbiographien, fundierter Beratung und Begleitung in Notsituationen können wir den Bezirk lebenswerter gestalten. „Lebensqualität für alle“ muss mehr als nur eine Floskel oder ein Lippenbekenntnis sein, und mit Leben und mutigen Ideen gefüllt werden.

Umso begrüßenswerter ist es, dass Clara Herrmann, Kandidatin fürs Amt der Bezirksbürgermeister*in, bei ihrer Bewerbungsrede den Agenda-Punkt "Zero-Waste-Bezirk" nannte. Ein mutiger, aber doch längst fälliger Schritt

in Richtung Zukunft. Es ist schon fünf nach 12.

Wenn Eigentümer*innen und in deren Auftrag Hausverwaltungen die Häuser lediglich als Geldanlage ansehen und insbesondere Mieter*innen mit Migrationsbiographien verdrängen, muss diese Entwicklung mit grüner Unterschrift radikal gestoppt werden. Die Essenz des Bezirks steht auf dem Spiel. Bis alle betroffenen Häuser zurückgekauft werden können, müssen andere Lösungsansätze gesucht werden.

Gemeinsam für einen lebenswerten Bezirk

Wir wollen in einer Umgebung leben, in deren Nachbarschaft Denunziation kein Thema ist, in dem Hass für anders Denkende und Fühlende keinen Platz einnimmt. Gerade in Berlin soll es für jeden Lebensentwurf und für jedes Lebensgefühl Raum

geben. Das Bezirksamt muss juristisch in die Lage gebracht werden, effektiver als bisher, alternative Projekte und Kollektive vor Investoren und deren Hunger nach Profit zu schützen. Richter*innen müssen geschult werden, um bei spezifischen oder sensiblen Frauenthemen im Sinne der Frauen besser entscheiden zu können.

Solche Projekte machen aus dem Bezirk was er ist: Eine Melange aus unterschiedlichen Lebensentwürfen und Menschen mit allerlei Perspektiven. Nicht Besserwisser*innen oder Obrigkeitsfetischist*innen, sondern Menschen mit Gemeinsinn und Verantwortungsbewusstsein machen den Kiez lebenswert.

Es gibt viel zu tun: "Packen wir es an". Gemeinsam und mit grüner Hartnäckigkeit, Weitblick und Kreativität.

■ Fátima Lacerda

Straßensozialarbeit in Xhain

Straßensozialarbeit begleitet Menschen bei der Bewältigung ihrer multiplen Problemlagen und zeigt Wege aus vielfach prekären Lebenssituationen zurück zu einem selbstbestimmten Dasein. In der Pandemie ist die sogenannte aufsuchende Sozialarbeit viel stärker als ohnehin gefragt. Viele Angebote wie z. B. Tagesaufenthalte oder Beratungsangebote für wohnungs- und obdachlose Menschen sind lediglich eingeschränkt, manche zurzeit sogar gar nicht verfügbar. Straßensozialarbeit sucht die Betroffenen vor Ort in ihren Lebensräumen auf. Wir wollten wissen, wie Streetwork in unserem Bezirk funktioniert und haben mit Zuza und Manuel vom Team Drop Out Xhain von Gangway e. V. gesprochen.

Stachel: *Ihr seid als Streetworker*innen im Rahmen der aufsuchenden Sozialarbeit für Erwachsene für Gangway in Friedrichshain-Kreuzberg unterwegs. Wer bzw. was sind eure Zielgruppen? Mit was für Menschen habt ihr zu tun?*

Gangway: Unsere Zielgruppe sind erwachsene Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen. Wir suchen Menschen im öffentlichen Raum auf, werden aber auch angeschrieben und angerufen, von Betroffenen oder Anwohnenden. Es gibt bestimmte Plätze, die wir immer wieder anfahren. Ca. 75 % der Zielgruppe sind Männer. Eine von uns geführte Statistik zeigt, dass mehr als die Hälfte unserer Klientel dem Ausland stammt. Der Anteil an EU-Bürger*innen überwiegt aus Osteuropa ist dabei mit ca. 40 % am höchsten. Wohnungslose EU-Bürger*innen sind in der Regel Menschen, die auf der Suche nach Arbeit oder wegen eines Arbeitsversprechens nach Berlin gekommen sind, oft ohne Arbeitsvertrag und nur in einem Hostel untergebracht. Mit Beendigung der Arbeit können sie sich das Hostel nicht mehr leisten und landen buchstäblich auf der Straße. Entweder kommen sie dann z. B. aus Geldmangel ohne Unterstützung nicht zurück nach Hause oder manche wollen es auch nicht, weil sie davon ausgehen, dass es ihnen in ihrem Heimatland sogar schlechter geht, als in Deutschland auf der Straße.

Mit welchen Problemen haben obdachlose Menschen zu kämpfen, viel-



Kreuzer/Colab im Görlitzer Park

Foto: Gangway

leicht auch gerade unter dem Aspekt von Corona?

Mit dem Beginn von Corona stieg sowohl die Spendenbereitschaft als auch das Engagement der Menschen. Im Frühjahr 2020 haben viele Anwohnende Menschen mit Essen versorgt und es entstanden „Gabenzäune“. Andererseits gibt es aber auch mehr Menschen, die einen großen Bogen um die Obdachlosen machen. Im 1. Lockdown gab es fast keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen, unter anderem, weil Cafés und Restaurants geschlossen hatten. Damals hat Gangway gefordert, die Schwimmbäder einzeln zu öffnen, damit obdachlose Menschen sie zum Duschen nutzen können. Leider ohne Erfolg. Ähnliche Überlegungen gab es mit Sportplätzen. Hier war man nah an einer Einigung, als der Ligabetrieb wieder startete. Daraufhin zogen sich die Vereine wieder zurück. Die sozialen Einrichtungen wie Tagesstätten haben sich, dort wo es ausreichend räumliche Kapazitäten gibt, mittlerweile auf den Pandemiebetrieb eingestellt, nachdem es zu Beginn viel Unsicherheit bezüglich der erforderlichen Hygienekonzepte gab. Nun werden wieder immer mehr Menschen auf der Straße sichtbar, weil die Einrichtungen der Kältehilfe jetzt nach und nach schließen. Das ist im Prinzip aber jedes Jahr so: Sobald die Kältehilfeperiode endet, sind die Men-

schen zurück auf der Straße. Deshalb wäre es absolut wünschenswert, wenn die neu geschaffenen 24/7-Einrichtungen auch über die Kältehilfe hinaus bestehen würden.

Mit welchen Problemen seht Ihr Euch darüber hinaus in Eurer täglichen Arbeit konfrontiert?

Das ist sehr unterschiedlich. Das können z. B. Probleme mit Ämterstrukturen, Schulden oder Wohnungsverlust oder auch gesundheitliche Probleme sein. Ein Beispiel: Das LABO (Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten) vergibt für alle Wochentage Termine pandemiebedingt aktuell leider nur online. Der einzige Tag, für den Termine nach Vorsprache vergeben werden, ist der Mittwoch. Hierfür müssen die Menschen sich am Dienstag anmelden. Vor der Pandemie war die Situation, dass die Menschen jeden Tag auch ohne Termin hingehen konnten. Dies erschwerte die Wahrnehmung der Termine sehr, denn viele der Menschen haben einen sehr strukturierten Tagesablauf und müssen sich deshalb auf diese Termine aktiv einlassen. Das gelingt einigen nicht. Für ausländische Bürger*innen ist oft das Problem, dass die Botschaften zwar neue Pässe ausstellen, dies aber mit Kosten von teils mehreren 100 Euro verbunden ist. Die für manche Leistungen ausreichenden,

einfachen Personalausweise, die auch billiger wären, werden von den meisten Botschaften grundsätzlich nicht angefertigt. Bürokratie ist eine immense Hürde für viele Menschen. Das gilt leider auch für die Clearingstellen. Es sind häufig zu viele verschiedene Stellen die angelaufen werden müssen, zu viele verschiedene Termine, die gemacht und dann auch eingehalten werden müssen. Deshalb brauchen die meisten der Menschen bei jedem Schritt eine Begleitung, was aber kaum zu realisieren ist. Außerdem stehen bei Behörden Obdachlose nie ganz oben auf der Agenda.

Es gibt aber auch gute Erfahrungen und auch Erfolge, oder?

Gut ist immer, wenn Leute nach einer Erstansprache auch zu einem späteren Zeitpunkt wieder ansprechbar sind oder auch den Kontakt von selbst suchen. Die Menschen definieren ihren Erfolg selbst anhand ihrer Ziele - und die sind unterschiedlich. Das kann sein, einen neuen Ausweis oder vorläufigen Pass zu besorgen oder eine Unterkunft zu organisieren. Unser Job erfordert viel Geduld, denn viele Schritte brauchen sehr viel Zeit. Unsere Aufgabe ist es, die Menschen in die weiterführenden Angebote zu bringen. Im Idealfall funktioniert die Rückintegration in die Sozialsysteme in ca. 3 Wochen. Das klappt so aber nie. Die Regel ist ein

halbes Jahr. Der Zugang für Nicht-Deutsche mit Ansprüchen ist nochmal sehr viel komplizierter. Und in den Behörden findet auch Diskriminierung statt, bewusst oder unbewusst. Oft wird Menschen aus bestimmten Ländern pauschal unterstellt, sie würden falsche Angaben machen und daher nötige Zeugnisse wie Arbeits- oder Mietverträge nicht anerkannt. Die Sprachbarriere ist oft ein Problem. Deutschkurse werden mitunter nicht genehmigt mit der Begründung, man könne sich ja einfach einen Arbeitgeber in der Muttersprache suchen und sei dann nicht auf Sprachkenntnisse angewiesen. Die soziale Wohnhilfe genehmigt teilweise Unterkünfte nicht, obwohl darauf ein Anspruch besteht.

Hat sich Eure Arbeit in den letzten Jahren verändert? Ist sie einfacher oder schwerer geworden?

Mit mehr Erfahrung wird die Arbeit leichter (Manuel ist 8 Jahre als Streetworker tätig, Zuza ist seit 4 Jahren dabei. Anm. d. Redaktion). Positiv ist z. B. auch, dass viele neue Projekte dazugekommen sind, wie der Duschbus für Frauen oder das Housing First-Projekt. Aber durch Corona gab es einen heftigen Rückschlag, weil die aufsuchende Sozialarbeit durch den Wegfall bzw. die Einschränkung stationärer Angebote deutlich mehr Aufgaben übernehmen musste und die Einzelfallarbeit mehr Raum eingenommen hat. Die Vermittlungsarbeit ist erheblich schwerer geworden.

Was fehlt noch in der Wohnungslöshilfe? Welche Angebote müsste es noch geben?

Ganz klar: Es muss mehr Wohnraum für obdachlose Menschen geschaffen werden. Obdachlose werden oft als generell defizitäre Menschen gesehen, denen einfach nicht zu helfen ist. Dabei wären viele Menschen sehr wohl in der Lage, von alleine wieder Fuß zu fassen. Hierfür bräuchten sie „nur“ eine Wohnung. Ein leichter Zugang zur Arbeitsvermittlung wäre ebenfalls gut. Viele EU-Bürger*innen wollen arbeiten; eine entsprechende Arbeitsvermittlung würde helfen.

Das Gespräch führten Claudia Schulte und Magnus Heise



Impressum:

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist gewählt durch die Mitgliederversammlung. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:

Henry Arnold (V.i.S.d.P.) (ha)
Laura Eckl (le)
Werner Heck (wh)
Anja Mallmann (am)
Claudia Schulte (cs)
Rike Suckert (rs)

Freie Mitarbeiter*innen:

Philipp Evenburg (pe)
Christian Köneke (ck)
Olja Koterewa (ok)

Kontakt zur Redaktion:

stachelredaktion@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:

www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz:

Jörn Jaath

Auflage:

4.000

Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: +49 30 614 31 46
Fax: +49 30 614 31 42
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Hanau ist überall

Rechter Terror und Gewalt in Deutschland sind weder neu, noch handelt es sich dabei um Einzelfälle. Die Liste der Opfer ist lang und wurde jüngst um die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau erweitert.

Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun – diese neun unschuldigen Menschen und Namen stehen stellvertretend für all diejenigen, die seit Jahrzehnten als Nicht-weiße Menschen in Deutschland rassistisch beleidigt, bedroht, diskriminiert und ermordet werden.

Rechte Gewalt und Terror machen vor unserer Haustür nicht halt

Und die Liste der Opfer umfasst neben migrantisierten Menschen, auch queere, muslimische, jüdische und obdachlose Menschen sowie linke Aktivist*innen und Politiker*innen. Rechter Terror und Gewalt findet auch nicht irgendwo, weit weg von uns statt, sondern direkt vor unserer

Haustür, in unseren Kiezen und Nachbarschaften.

Das Projekt „Tatort Rechts“ hat öffentlich zugängliche Daten von mehreren Beratungsstellen für Betroffenen rechter rassistischer und antisemitischer Gewalt gebündelt und erstmals auf einer Karte visualisiert. Dargestellt werden über 16.000 Vorfälle seit dem Jahr 2000. Ein Fünftel der visualisierten Vorfälle befinden sich in Berlin (3304) – fast jeder 10. Vorfall ereignete sich demnach in unserem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Und auch die unabhängige Registerstelle von Friedrichshain-Kreuzberg, die seit 2009 rechtsextreme, rassistische und LGBTIQ*feindliche Vorfälle erfasst, meldet einen wiederholten Anstieg im ersten Halbjahr 2020 von 110 (2019) auf insgesamt 113 Vorfälle. Erstmals wurden hier auch rassistische Vorfälle gegenüber asiatisch gelesenen Menschen verzeichnet, die seit Beginn der Corona-Pandemie verstärkt in den Fokus von Rassist:innen gerückt sind.

Und doch können diese Daten nur ein Hinweis für das sein, was tagtäglich Schwarze Menschen und People of Color in unserem Bezirk und in Deutschland erleben und wie hoch die tatsächliche Dunkelziffer sein muss.

In Artikel 1 unseres Grundgesetzes steht „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Jedoch erleben wir ein wiederholtes Versagen eben jener Stellen: Die Hintergründe der rassistischen Tat in Hanau sind bis heute noch nicht aufgeklärt. Die Hinterbliebenen versuchen selbst verzweifelt Antworten auf ihre Fragen zu finden und werfen den Behörden Uneinsichtigkeit, mangelnde Aufklärung und Versäumnisse vor, die die rassistische Tat nicht nur nicht verhindert, sondern sogar begünstigt haben soll. Das Versagen der Behörden erinnert schmerzhaft an die rassistischen NSU Morde und offenbart den struktu-

rellen Rassismus, der sich nicht nur durch unsere Sicherheitsapparate, sondern durch unsere Gesellschaft zieht und Schwarze Menschen sowie People of Color systematisch auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, im Wohnungs- und Bildungsbereich, aber auch in öffentlichen Institutionen wie Behörden, benachteiligt.

Gegen diese Formen des Rassismus vorzugehen bedeutet, dass wir als Demokrat*innen für die Gleichstellung von rassistisch diskriminierten Menschen eintreten und die Menschenrechte eben dieser Gruppe verteidigen müssen. Um das unsichtbare sichtbar zu machen – ob Dunkelziffer oder subtiler struktureller Rassismus – dürfen wir nicht wegschauen. Wir müssen Diskriminierung ansprechen, melden, uns einmischen und füreinander einsetzen.

Deniz Yildirim und Filiz Keküllüoğlu, Bezirksverordnete

Rund ums Bezirksparlament

Körperliche Selbstbestimmung von Schwangeren

Mit dem Dringlichkeitsantrag „Recht auf körperliche Selbstbestimmung von Schwangeren gewährleisten (II): Sachliche Information über Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen“, haben wir das Bezirksamt beauftragt, sich gegenüber dem Senat dafür einzusetzen, dass auf den Webseiten zu Schwangerschaft und Familienplanung nicht nur Arztpraxen aufgelistet werden, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, sondern zugleich sachliche Informationen über möglichen Methoden und Ablauf von Schwangerschaftsabbrüchen bereitgestellt werden. Zudem soll das Bezirksamt auch im bezirkseigenen Informationsangebot entsprechende Informationen liefern. Weil Ärzt*innen diese Aufklärungsarbeit strafrechtlich verboten ist, muss die Verwaltung diese Lücke füllen.

Langfristiger Erhalt des Yaam

Das YAAM (Young African Art Market) ist für uns ein wesentlicher Ort der multikulturellen Begegnung in unserem Bezirk und ermöglicht mit seinen Angeboten und seinem offenen, niedrigschwelligem Ansatz den Austausch von Menschen unterschiedlicher Generation, Herkunft und Kulturen. In unserem von der BVV beschlossenen Antrag befürworten wir einen langfristigen Vertrag für Planungssicherheit und den Erhalt des Projektes am jetzigen Standort an der Schillingbrücke. Dazu gehört auch, dass die Uferwand saniert und gesichert wird. Hierfür ist auch die Unterstützung durch die Landesebene nötig.

Mehr Verkehrssicherheit: Geschwindigkeitskontrollen ausbauen – mehr Blitzer aufstellen

Mit dem Mobilitätsgesetz hat sich Berlin auf die Vision Zero verpflichtet. Im Berliner Straßenverkehr sollen keine Menschen mehr sterben oder schwer verletzt werden. Diese Vision ist nicht nur Verpflichtung für Planer*innen, Straßenämter und Verkehrsverwaltungen. Neben einer notwendigen, aber von CDU und SPD ausgebremsten Reform der Straßenverkehrsordnung auf Bundesebene, die die Sicherheit der Schwächsten in den Mittelpunkt stellt, müssen auch die geltenden Regeln stärker kontrolliert und sanktioniert werden. Daher soll sich das Bezirksamt mit diesem Antrag gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass die Geschwindigkeitskontrollen im Bezirk, auch durch Neuanschaffung von Blitzern, deutlich verstärkt werden. Zudem möchten wir, dass geprüft wird, wie das Bezirksamt auch selbst Geschwindigkeitskontrollen durchführen kann.

Online-Abstimmung

Abschließend möchten wir euch noch auf die finale Online-Abstimmung zur Benennung einer Straße nach Audre Lorde aufmerksam machen. Sie findet am 4. Mai ab 18 Uhr statt. Alle Infos dazu findet ihr hier www.berlin.de/strassennamen-xhain. Weitere Anträge und Aktivitäten findet ihr auf unserer Website gruene-xhain.de

(pe)

Was wäre Kreuzberg ohne aktive Nachbarschaften

Unabhängig davon, ob aktive Mieter*innen, Instandbesetzer*innen, Ökofundis, Künstler*innen-Kollektive oder ökoanarchistische, realdadaistische, utopistische Gruppen, Kreuzberg weist eine lange Tradition in der Bewegung für Recht auf Stadt bzw. gegen solche kapitalistischen Akkumulationspraktiken auf, die zur Verdrängung und zum Verlust von Wohn-, Gewerbe- und Freiraum führte. Und das ist auch gut so.

Gäbe es in den letzten 30 bis 40 Jahren diese Initiativen und Protest-Bewegungen nicht, sähe unser Bezirk heute ganz anders aus: städtebaulich (Altbauten), aber vor allem stadtsoziologisch und politisch. Die heute wieder entdeckte Vielfalt und Diversität haben wohl ihren Ursprung in der Berliner bzw. Kreuzberger Mischung.

Auch wir Grüne vergessen unsere Wurzeln nicht. Die Werte von damals "ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei", die vom Mainstream belächelt und von Reaktionären bekämpft wurden, sind heute aktuell und wichtiger denn je. Deswegen ist es besonders bedeutend, die Arbeit von Bürger*innenbewegungen, Aktivist*innen, emanzipatorischen Gruppen und Stadt-von-Unten-Initiativen zu unterstützen.

Menschen vor Ort im Mittelpunkt

Um Städte und Stadtteile demokratischer, nachhaltiger und gesünder zu machen, sollen Menschen vor Ort mehr Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte bekommen. Planung und Gestaltung sollen sich möglichst an das Lebens- und Wohnumfeld orientieren. Dieser Gedanke ist nicht neu. In der Planungstheorie existiert er bereits seit den 1960er Jahren als Jane Jacobs Stadträte vorschlug, die Verantwortung für den Wohnungsbestand und die Nachbarschaft tragen. Heute sind wachsende Metropolen mehr denn je auf lokale Demokratie angewiesen. Derartige Konzepte sind wieder aktuell. Viel wichtiger als Theorie ist jedoch die Alltagspraxis. Aufgrund von Ungerechtigkeiten im Stadtraum formiert sich aus Protestbewegungen eine aktive Stadtgesellschaft. Hausge-



Kreuzberg: Immer besonders ...

Foto: Gertrud K.@flickr

meinschaften kämpfen gegen Verdrängung, Nachbarschaften gegen Spekulation und den Verlust von lebensnahen Nutzungen. Vor allem bei uns in Xhain.

Aktive Nachbarschaften als Konzept

Um urbane Qualität sowie eine lebensnahe und klimagerechte Stadtentwicklung voranzutreiben, gilt es, solche Stadttakteur*innen zu stärken. Hierfür muss die Planungspraxis richtig umgekrempelt werden. Die bereits erarbeiteten Bürger*innenbeteiligungslinien in der räumlichen Stadtent-

wicklung können damit in die Praxis umgesetzt werden.

Wir wollen mit der Organisation der Aktiven Nachbarschaften die unmittelbare Ebene zum Lebens- und Wohnumfeld zu einem wichtigen Bestandteil der kooperativen Stadtentwicklungspolitik machen. Das heißt, vorhandene gemeinwohlagende Akteur*innen – von den Kiezbewohner*innen und den Gewerbetreibenden bis hin zu den kulturellen und politischen (u. a.) Institutionen – zusammenzubringen und zu vernetzen. Ihre Interessen sollen in die entsprechenden Planungsverfahren einfließen. Diese neue Ebene soll proaktiv auch eigene Ideen erarbeiten und Vorschläge zur Gestaltung des

eigenen Umfeldes einbringen, wie z. B. bei der Gestaltung von Spiel-, Fahrrad- oder Klimastraßen, aber auch bei der Erhaltung von lokalem Kleingewerbe.

Unverzichtbar ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung. In unserem Landeswahlprogramm haben wir bewirkt, dass hierfür den Bezirken ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang wollen wir auch dem Prozess der Bürger*innenhaushalte (Modelle von Nachbarschafts- und Beteiligungshaushalten) neuen Schwung verleihen, da er in den vergangenen Jahren ins Stocken geraten ist.

■ Theo Ioannidis

Bezirkliche Demokratie auf Abwegen

Mit dem Zukunftspakt Verwaltung wurde im Mai 2019 eine Sammlung von Verbesserungsvorschlägen für die Berliner Verwaltung unterzeichnet und damit eine Bezirksreform auf den Weg gebracht. Noch ist offen, ob die Reformvorschläge für die Demokratie in den zwölf Berliner Bezirken überhaupt eine Verbesserung darstellen. Doch klar ist bereits jetzt: Wer große Erwartungen an den Verwaltungspakt hatte, wird enttäuscht werden.

Denn die dringende notwendige Verwaltungsmodernisierung wurde de facto auf eine oberflächliche Bezirksreform reduziert. Den Gesetzesentwurf dafür hat Innensenator Andreas Geisel Anfang 2021 ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Aus Grüner Sicht ist dieser bisher irgendwo zwischen: „Nicht mehr zu retten“ und „dringend überarbeitungsbedürftig“ einzuordnen. Mit über hundert Seiten und vielerlei Änderungen in drei Gesetzen ist der Vorschlag zur Bezirksreform mit kleinteiligen Einzelmaßnahmen vollgepackt. Die längst überfällige, leider nur binäre, geschlechtergerechte Sprache soll ins Bezirksverwaltungsgesetz einziehen. Politische und fachliche Zielvereinbarungen zwischen Senat und Bezirksämtern sollen eine gesetzliche Grundlage im Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz bekommen. Weiterhin soll das Bezirksamt zukünftig aus sechs, statt bisher fünf Stadträt*innen bestehen. Damit hören die unterstützenswerten Vorhaben des Entwurfs leider auch schon auf.

Nachdem der Gesetzentwurf innerhalb von weniger als 48 Stunden nach Senatsbeschluss – notgedrungen wohl weitgehend ungelesen – durch den Rat der Bürgermeister*innen beschlossen wurde, war für unsere Grüne BVV-Fraktion

klar, dass wir, vor der parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzes, in die inhaltliche Auseinandersetzung damit gehen wollen. Nach mehrstündigen Debatten in der Fraktion einigten wir uns auf ein Positionspapier, das zentrale Überarbeitungsforderungen für die Bezirksreform beinhaltet.

Einschränkung der bezirklichen Gestaltungsmöglichkeiten

Die größte Schwäche des Entwurfs sehen wir in der Reduzierung der bezirklichen Gestaltungsmöglichkeiten. Zuvorderst muss dabei die berlinweite Vereinheitlichung und gesetzliche Festschreibung der Abteilungen aller zwölf Bezirksämter genannt werden. Schon heute haben alle Bezirke dieselben Ämter wie Jugendamt oder Gesundheitsamt. Der Entwurf sieht aber zusätzlich die einheitliche Zuordnung der Ämter zu Geschäftsbereichen der jeweiligen Stadträt*innen vor. Konkret sollen etwa Ordnungs- und Grünflächenamt gesetzlich zusammengelegt werden. Die Bezirksbürgermeister*innen sollen hingegen kein Fachamt mehr verantworten dürfen, und stattdessen für alle Beauftragten und die

bezirkliche Wirtschaftsförderung zuständig sein. Bisher haben die Bezirksämter mit den gewählten Fraktionen eigenständig entschieden, welche Ämter für eine wirkungsvolle Verwaltung zusammenarbeiten. Dies soll zukünftig wegfallen. Damit würde ein großes Stück bezirklicher Eigenständigkeit und Selbstverwaltung verloren gehen.

Weiterhin stiege im Zusammenspiel von Proporzvorschlagsrecht für das Bezirksamt und zusätzlichen Stadträt*innen die Gefahr, dass auch demokratiefeindliche Parteien Anspruch auf sensible Geschäftsbereiche des Bezirksamts bekämen. Niemand mag sich vorstellen, was etwa eine Rechtsextremist*in als Schulstadträt*in oder im neuen Geschäftsbereich Jugend und Gesundheit bedeuten würde. Der Gesetzentwurf erhöht jedenfalls die Wahrscheinlichkeit dafür – dies leider sogar in Friedrichshain-Kreuzberg, selbst wenn es große demokratische Mehrheiten gibt.

Wir kritisieren auch, dass das Bezirksamt die Möglichkeit bekommen soll, ein Ordnungsgeld gegen frei gewählte Bezirksverordnete verhängen zu dürfen. Dafür genügt der Verdacht des Bezirksamts darauf, dass die/der Verordnete Verwaltungsgeheimnisse verraten habe. Dies bedeutet einen Verlust an Transparenz und Kontroll-

möglichkeiten der Bezirksverordneten. Außerdem soll die Senatsverwaltung bei Fachaufsichtsverfahren die Kosten für externe Gutachten zukünftig auf die Bezirkshaushalte übertragen können. Faktisch würde damit die demokratische Kontrolle an einer weiteren Stelle erschwert werden.

Noch ist nicht klar, ob und was an dem Gesetzentwurf im parlamentarischen Verfahren geändert wird. Auch in den meisten anderen Berliner Bezirksparlamenten haben Grüne die Risiken des Entwurfs erkannt, und fordern gemeinsam mit uns die demokratieeinschränkende Bezirksreformteile aus dem Gesetzesentwurf herauszunehmen. In einem Beschluss zum Grünen Landeswahlprogramm haben wir den Verzicht auf die Vereinheitlichung der bezirklichen Geschäftsbereiche als Ziel verankert. Stachelig bleiben heißt hier, dass wir im Zweifel auf die wenigen aufgeführten Vorteile verzichten, um große Nachteile zu vermeiden.

■ Tobias Wolf,
Bezirksverordneter

Rauf auf die Straßenschilder

Gleich drei sehr unterschiedliche, aber gleichermaßen kraftvolle Frauen erobern nun in unserem Bezirk ein weiteres Stück des öffentlichen Raums: Zwei Straßen und ein Platz werden zukünftig an Inge Meysel, Anita Berber und Audre Lorde erinnern.

Zunächst wird **Inge Meysel** nach Friedrichshain zurückkehren und der „Straße ohne Namen“ zwischen Rüdersdorfer Straße, Franz-Mehring-Platz, Straße der Pariser Kommune, Lange Straße und Koppenstraße ihren Namen geben. Was nur wenigen Menschen bekannt ist: Die als „Mutter der Nation“ bekannte und vor allem mit Hamburg assoziierte Volksschauspielerin, wurde 1910 in Rixdorf (heute Neukölln) geboren, zog aber schon 1914 mit ihrer Familie in die Kadiner Straße 2 nach Friedrichshain, wo sie bis 1925 ihre Jugend verbrachte. Hier war ihre Schule (heute die Ludwig-Hoffmann-Grundschule in der Lasdehner Straße 21-23). Hier wurde der Grundstein ihrer späteren großen Schauspielkarriere gelegt: mit Vorstellungen im Rose-Theater und Ballettunterricht am Strausberger Platz. Im Arbeiterbezirk Friedrichshain wurde Inge Meysel auch politisiert. So beendete sie 1925 die Beziehung zu ihrer ersten Liebe „aus politischen Gründen“, weil der Zahnarztsohn deutschnational eingestellt war und das Banner der Republikfeinde trug. Als „Halbjüdin“ von den Nazis mit Auftrittsverboten belegt, ließ sich Inge Meysel 1936 in der Friedrichshainer Lazaruskirche taufen, um sich und ihren Vater zu schützen. Sie engagierte sich zeitlebens für die Frauenbewegung, insbesondere für die Abschaffung des § 218, die Rechte von Homosexuellen, den Kampf gegen AIDS und für ein humanes Sterben. Anfang der 80er Jahre war Inge Meysel Teil einer Initiative prominenter Personen, die sich gegen die Räumung besetzter Häuser stellte und die Patenschaft für ein solches in Kreuzberg übernahm. Im Jahr 2019, 15 Jahre nach ihrem Tod 2004, hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg beschlossen, Inge Meysel



Audre Lorde 1991

Foto: Dagmar Schulz

durch die Benennung einer Straße zu ehren. Dies wird nun umgesetzt.

Die Idee, eine Straße oder einen Platz in Xhain nach **Anita Berber** zu benennen gab es schon länger. Was bislang fehlte, war die Idee, welche Straße oder welcher Platz denn passend wäre. Naheliegender wäre ein Ort in der Nähe des Kreuzberger Teils der Friedrichstraße gewesen, in deren Umgebung Anita Berber etwa im Apollo-Theater oder in Kabarett wie der Weißen Maus mit ihren „Tänzen des Lasters“ für Furore sorgte. Oder in der Nähe des Bethaniens, damals noch nicht Kunstquartier sondern Krankenhaus, wo sie am 10. November 1928 im Alter von nur 29 Jahren verstarb. Doch nun wird

es ein von privaten Investor*innen neu geschaffener Platz in Friedrichshain werden, und zwar im von der Max und Moritz Quartier Friedrichshain GmbH geplanten Quartier rund um die beiden „Max und Moritz“ genannten und im Bau befindlichen Hochhäuser an der Marianne-von Rantzaus-Straße. Die Investor*innen folgen damit einem Beschluss der BVV aus dem Jahr 2017, auch Privatstraßen und Plätze nach queeren, transgender, intersexuellen Persönlichkeiten oder insbesondere lesbischen oder bisexuellen Frauen zu benennen, nachdem die bezirkliche Gedenktafelkommission einstimmig für den Vorschlag Anita Berber gestimmt hatte.

Am 4. Mai wird dann im Rahmen einer digitalen Beteiligungsveranstaltung auch endlich die (Vor-)Entscheidung fallen, welche Straße nach **Audre Lorde** benannt werden wird. Die BVV hatte im Februar 2019 beschlossen, eine Straße nach der afro-amerikanischen Dichterin und Bürgerrechtlerin Audre Lorde zu benennen. Die preisgekrönte Schwarze, lesbische US-amerikanische Dichterin Audre Lorde (1934-1992) hielt sich bis 1992 oft in Kreuzberg auf, wo sie sich für afro-deutsche Frauen und deren Sichtbarkeit engagierte und sich mit der feministischen Bewegung auseinandersetzte. Sie hatte somit einen wesentlichen Einfluss auf die Entstehung der Schwarzen Frauenbe-

wegung in Deutschland. Gleichzeitig forderte sie weiße Frauen immer wieder dazu auf, Differenzen zu akzeptieren und ihre Privilegien konstruktiv zu nutzen. Damit hinterließ sie auch einen nachhaltigen Einfluss auf akademische Diskussionen. Ihr Werk inspiriert bis heute feministische, queere, lesbische, Schwarze und Women-of-Color-Bewegungen in ihrer Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie. Mit der Benennung einer Straße nach Audre Lorde will der Bezirk zur Repräsentanz und Sichtbarkeit von LSBTTIQ*, Schwarzen Menschen und People of Color im öffentlichen Raum beitragen.

In einem Beteiligungsprozess soll nun die Straße ausgewählt werden, die in „Audre-Lorde-Straße“ umbenannt werden wird. Dazu gab es 2019 zwei Informationsveranstaltungen, bei denen Orte aus dem Leben und Wirken Lordes und Straßen in Kreuzberg für eine Umbenennung gesammelt wurden. Leider musste dieser Beteiligungsprozess aufgrund der COVID-19-Pandemie unterbrochen werden. Nun erfolgt eine öffentliche Abstimmung mit einer schriftlichen Befragung der Anwohner*innen und einer digitalen Veranstaltung. Die Ergebnisse werden der BVV als Meinungsbild vorgelegt und diese entscheidet dann auch final über die Straßenumbenennung. Zur Abstimmung stehen: ein Teil der Manteuffelstraße (nördlicher Teil, mit Bushaltestelle), ein Teil der Wrangelstraße (Abschnitt Skalitzer Straße bis Mariannenplatz, mit Bushaltestelle), die Adalbertstraße oder die Admiralstraße. Die digitale Veranstaltung „Welche Straße für Audre Lorde“ findet am 4. Mai ab 18 Uhr statt. Alle Infos dazu findet ihr hier www.berlin.de/strassennamen-xhain.

■ Werner Heck,
Bezirksverordneter

Bei Fragen, Anregungen oder Kritik: Meldet euch bei uns. Denn gemeinsam sind wir besser.

www.gruene-xhain.de

Grünes Büro

Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Fon: 614 3146 – Fax: 614 3142

Kreisgeschäftsführerin: Hedwig Gradmann

Bürozeiten:

Di 15-18, Do 12-15 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss

Enad Altaweel, Aida Baghernejad,
Vasili Franco, Karl-Heinz Garcia Bergt,
Johanna Haffner, Sebastian Kitzig
Dorothee Marquardt, Anika Wiest

Treffen der Bezirksgruppe

Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Falckensteinstraße 6, 10997 Berlin.

Fraktion im Bezirksparlament

Yorckstraße 4-11 – 10965
fraktion-xhain@gruene-berlin.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion

Fon: 90 298-2590 – Fax: -2930

Fraktionsassistentin: Iris Burkhardt

Bürozeiten:

Mo + Di 13-17, Mi 14-18, Do 10-14 Uhr

Fraktionsvorstand:

Annika Gerold, Sarah Jermutus, Claudia Schulte, Julian Schwarze, Pascal Striebel

Büro Grüne Jugend Berlin

Dirschauer Straße 13 – 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de

Fon: 66 76 30 00 – Fax: 29 35 08 75

Treffen: Mo 19 Uhr

BÜNDNIS 90



DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses

Niederkirchnerstraße 5 – 10111 Berlin
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion-berlin.de
Fon: 2325 2401 – Fax: 2325 2409

Turgut Altug, direkt gewählt |
Fon: 2325 2430

Marianne Burkert-Eulitz, direkt gewählt |
Fon: 2325 2461

Antje Kapek | Fon: 2325 2401

Katrin Schmidberger, direkt gewählt |
Fon: 2325 2474

Dr. Stefan Taschner | Fon: 2325 2446

Fatoş Topaç | Fon 2325 2427

Daniel Wesener | Fon 2325 2421

Wahlkreisbüros

Marianne Burkert-Eulitz, Antje Kapek
und Daniel Wesener | Dein grünes Büro
Wrangelstraße 92 - 10997 Berlin
Mo und Di 10-14, Do 15-18 Uhr
Fon: 5210 1794

Dr. Turgut Altug, Katrin Schmidberger
und Dr. Stefan Taschner
Großbeerenstraße 16 - 10963 Berlin
Di 9-15, Mi 11-17 und Do 13-19 Uhr
Fon: 2362 9300

Unsere Vertretung im Bundestag

Canan Bayram
Direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauerberg Ost
www.bayram-gruene.de
Parlamentsbüro:
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
canan.bayram@bundestag.de
Fon: 2277 8144 – Fax: 2277 0143

Wahlkreisbüro:
canan.bayram@wk.bundestag.de

Kreuzberg:
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
Fon: 6165 6961

Friedrichshain:
Schreinerstraße 6 – 10247 Berlin
Fon: 46 79 35 30

Ein Budget für große und kleine Projekte

Mit dem Beschluss der bezirklichen Investitionsplanung 2021–2025 hat die BVV Friedrichshain-Kreuzberg die haushälterischen Weichen für die öffentlichen Bauprojekte in den nächsten fünf Jahren gestellt.

Corona-bedingt fand die öffentliche Aussprache im Rahmen einer digitalen Bezirksparlamentssitzung mit einem Livestream auf Youtube statt. Die Abstimmung über die Planungsvorlage wurde anschließend analog als Briefvotum durchgeführt. Mit einer 14-tägigen Frist haben die Bezirksverordneten ihre Voten zur Bezirksamtsvorlage und allen ergänzenden Beschlüssen per Post eingereicht. So konnte die notwendige Rechtssicherheit gewährleistet und gleichzeitig ein unnötiges Infektionsrisiko durch physische Zusammenkunft vermieden werden. Im Ergebnis ergab die schriftliche Auszählung mit 36 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen und 3 Nein-Stimmen eine große Mehrheit für die Investitionsplanung.

Schulinvestitionen: große Pläne, wenig Umsetzung

Bau- und Sanierungsvorhaben, die es in diese Vorlage geschafft haben, entweder durch die bezirkliche pauschale Finanzausweisung oder durch die gezielte Finanzausweisung der jeweiligen Senatsfachverwaltungen, werden damit im Zeitraum 2021-25 zumindest planerisch vorangetrieben. Das Bezirksparlament entscheidet damit nicht nur über das geplante Finanzvolumen, sondern auch darüber, welche zeitlichen Prioritäten den einzelnen Maßnahmen beigemessen werden.

Der Bezirk ist Schulträger und hat damit die Verantwortung für die Gebäude und Schulhöfe von Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Sekundarschulen bis zu Gymnasien und Förderschulen. Durch die Berliner Schulbauoffensive wurden in Friedrichshain-Kreuzberg eine Vielzahl von dringend notwendigen Großsanierungen an Schulen als „Bedarfe“ gemeldet. Sprich: Eine Notwendigkeit, die Schulliegenschaft zu sanieren oder auszubauen, wurde mit grober Kostenschätzung dokumentiert. Es handelt sich um fast 50 Schulbauvorhaben. Wir Grüne finden es völlig richtig, dass einer so zentralen Aufgabe wie der Bereitstellung von modernen, funktionalen und einladenden Lernräumen eine sehr hohe Priorität eingeräumt wird. In diesem Zusammenhang haben wir im Zuge der Beratungen allerdings ernüchternde Nachrichten aus dem Schulamt erhalten: Zwar werden die laufenden Projekte am Neubau in der Grundschule Corinthstraße, der Thalia-Grundschule und der Graefe-Schule fortgesetzt, doch die Anzahl echter, neuer Sanierungs- und Schulbauprojekte wird leider auch im nächsten Doppelhaushalt 2022/23 überschaubar gering bleiben. Glücklicherweise wird immerhin die Gesamtplanung der Kurt-Schumacher-Grundschule angegangen, die Sanierung des Altbaus der Hausburg-Grundschule begonnen und die Adolf-Glasbrenner-Grundschule ab 2023

defacto neu geplant und gebaut. Alle anderen größeren Schulbauvorhaben starten frühestens mit dem nächsten Doppelhaushalt 2024/25, zu meist wohl eher später. Wir hätten uns hier zeitnah deutlich mehr von den Schulbaumaßnahmen gewünscht, die bisher mehrheitlich nur auf dem Papier existieren.

Investitionen die Aufwertung unseres Bezirks

Aber wir können uns auch auf neue Vorhaben freuen. Z.B. auf solche, die die Gebäude und den öffentlichen Raum um den Görli herum aufwerten. Die Kleinteiligkeit der Vorhaben im öffentlichen Raum bei den pauschalen Zuweisungen erscheint uns von Vorteil. Es sind doch besonders die kleinen Projekte – wie Rad- und Fußwegreparaturen – die unseren öffentlichen Raum zeitnah und dauerhaft für alle zugänglich und besser nutzbar machen. Ich finde es gut, dass nicht nur die glitzernden Neubauprojekte, die sich auch immer als politisches Schmuckwerk eignen, in der Investitionsplanung vorkommen, sondern ebenso wichtig, die kleinteiligen Investitionen in die bessere Erhaltung und Erneuerung von Parks, Gebäuden, Rad- und Fußwegen.

■ Tobias Wolf,
Bezirksverordneter

Vom Nationaldenkmal zu Kurt Mühlenhaupt

In diesem Frühjahr werden in Kreuzberg gleich drei runde Geburtstage gefeiert: 200 Jahre Denkmal auf dem Kreuzberg - 100 Jahre Kreuzberg - 100 Jahre Kurt Mühlenhaupt

Vor 100 Jahren, am 30. März 1921, erhielt der 6. Verwaltungsbezirk der neu gebildeten Stadtgemeinde „Groß-Berlin“ den Namen Kreuzberg. Anlass für die Namensgebung war der 100. Jahrestag der Einweihung des Nationaldenkmals für die Befreiungskriege auf dem Tempelhofer Berg, der seither Kreuzberg heißt. Ebenfalls vor 100 Jahren kam Kurt Mühlenhaupt auf einer Eisenbahnfahrt von Prag nach Berlin zur Welt. Der Kreuzberger Maler, Bildhauer und Schriftsteller (19.1.1921-16.4.2006) gilt als Symbolfigur der sog. Kreuzberger Bohème der 1960er Jahre, die weit über Berlin hinaus Aufmerksamkeit erlangte. Mühlenhaupt gehört als „Maler der Liebe“ und des „Berliner Milieus“ zu den bekanntesten Berliner Künstlern der Nachkriegszeit. Die Kurt-und-Hannelore-Mühlenhaupt-Stiftung widmet den Jubiläen 2021 ein umfangreiches Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm – unterstützt vom Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und der Lotto-Stiftung Berlin.

Das Kurt-Mühlenhaupt-Museum zog 2020 von Bergsdorf in Brandenburg, wo der Malerpoet zuletzt lebte, in einen idyllischen Fabrikhof in der Fidicinstraße 40, den Mühlenhaupt 1989 gekauft und zu einem Zentrum für Kunst und Handwerk ausgebaut hatte. Am 19. Januar 2021, dem 100. Geburtstag von Kurt Mühlenhaupt, startete dort das Jubiläumsprogramm: Umsonst, draußen und mit Abstand, Mühlenaupts Biografie wird auf Tafeln in den nach ihm benannten Höfen vorgestellt. Dort beginnt auch ein Audio-Spaziergang durch Mühlenaupts Kreuzberg, den Kiez rund um den Chamissoplatz, die Zossener und die Blücherstraße. Katharina Thalbach liest Geschichten, die Mühlenhaupt selbst aufgeschrieben hat. Das noch im Aufbau befindliche Mühlenhaupt-Museum befindet sich in ehemaligen Wirtschaftsgebäuden der Malzbrauerei Habel. Es zeigt eine wechselnde Auswahl der Gemälde und druckgrafischen Arbeiten des Künstlers, der den Pinsel oder die Feder nur selten aus der Hand legte. Sofern Corona es erlaubt, ist es regelmäßig geöffnet.

„Mühlenhaupt trifft Schinkel und Schadow“ im Sockelgeschoss des Kreuzberg-Denkmal

Ein Höhepunkt des Geburtstagsjahres ist die Ausstellung „Mühlenhaupt trifft Schinkel und Schadow“. Ab 7. Mai 2021 ziehen in das sonst nur von Fledermäusen bevölkerte Kunstdepot unter Karl-Friedrich Schinkels Nationaldenkmal im Viktoriapark Mühlenaupts großformatig in Öl gemalte Berliner Typen ein: Seine Nachbarn aus der Blücherstraße, Kiez-Originale vom Chamissoplatz, Kreuzberger*innen bei der Arbeit und beim Müßiggang. In den riesigen Gewölben treffen sie auf dort vor Jahrzehnten eingelagerte, fast vergessene Schätze Berliner Bildhauerkunst: den Münzfries von Johann Gottfried Schadow – 28 große Reliefplatten zur Geschichte der Münzprägung in der Bildsprache der griechischen Mythologie – acht Gipsabformungen von den Siegesgenien des Kreuzberg-Denkmal und schließlich auf den von germanischer Heldenmythologie strotzenden Schmuckfries des ehemaligen Palais Tiele-Winckler im Tiergarten. Geschicht illuminiert entstehen Zwiegespräche unter Gestalten, die eigentlich nichts miteinander gemeinsam haben. Oder vielleicht doch? Erst vor einigen Jahren ließ die Stiftung Deutsche Kinemathek den 1961 gedrehten Film „Tobby“ von Hans-Jürgen Pohland restaurieren – einen „Radmovie“, wie Museumsleiterin Hannelore Mühlenhaupt sagt. Der Film folgt dem Jazzmusiker Toby

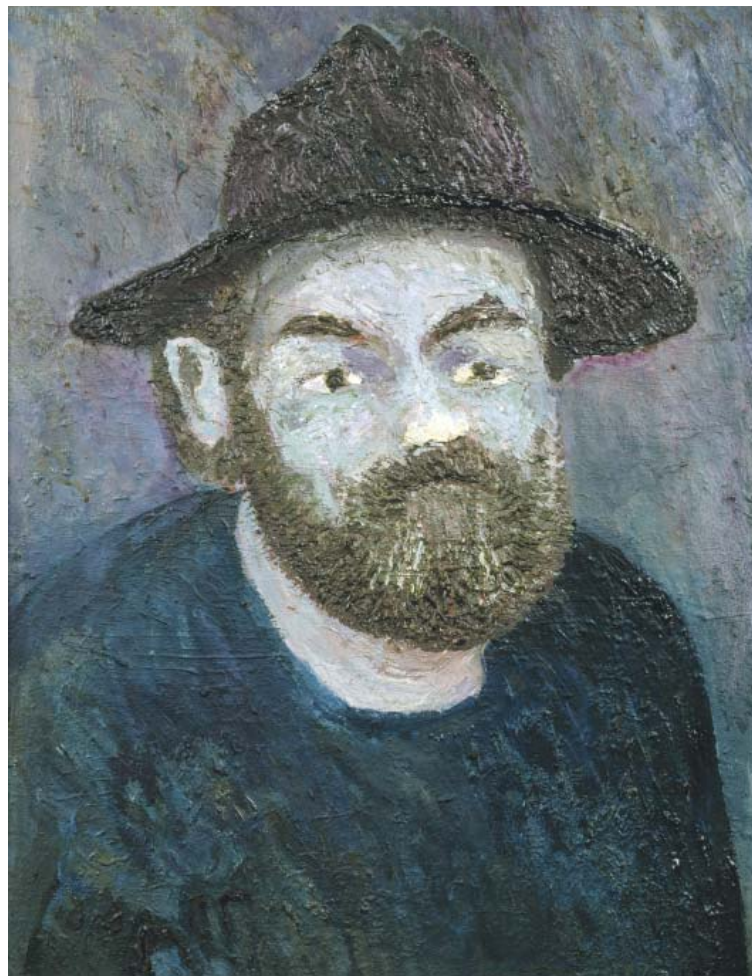
Fichelscher auf seinen Rennradtouren durch das damalige West-Berlin: zu einem Besuch in Kurt Mühlenaupts Trödelhandlung an der Blücherstraße und gleich im Anschluss – reiner Zufall – in die Ruine des Tiele-Winckler-Palais, wo Fichelscher freiliegende kupferne Wasserleitungen als Percussion-Instrumente nutzt. Ausschnitte dieses wunderbaren Berlin-Films, der seiner Zeit weit voraus war, sind in der Ausstellung zu sehen.

Erstmalig gibt es auch eine Wiederbegegnung mit einem der Hauptwerke Kurt Mühlenaupts, einer Serie großformatiger Gemälde mit Motiven aus allen 12 West-Berliner Bezirken, die er 1979 für das Pressezentrum des ICC gemalt hat. Dort sind sie aus bekannten Gründen schon lange nicht mehr zu sehen – jetzt kehren sie befristet nach Kreuzberg zurück. Sein Kreuzberg-Bild aus dem ICC zeigt ein Fest auf dem Mariannenplatz vor der Kulisse des Bethanien.

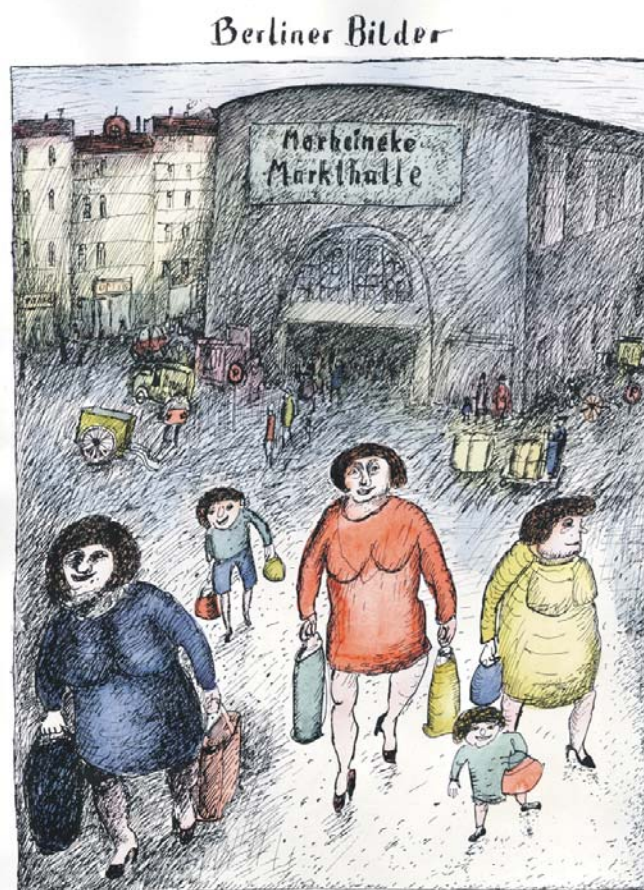
Mühlenhaupt und die Preußen

Bei den Ausstellungsvorbereitungen gab es eine Überraschung: Annette Meier, die als Kunsthistorikerin von Kulturprojekte Berlin die Mühlenhaupt-Stiftung unterstützt, entdeckte in den Sockelgewölben vier vergessene Meisterwerke von Johann Gottfried Schadow, die um 1800 an der alten Berliner Börse angebracht wurden. Auf den Fassadenreliefs sind allegorische Darstellungen der damals bekannten Kontinente Afrika, Amerika, Asien und Europa zu sehen. Vermutlich werden die Darstellungen der Erdteile Diskussionen auslösen, zeugen sie doch vom preußischen und europäischen Überlegenheitswahn gegenüber Menschen anderer Kontinente. Kurt Mühlenhaupt hielt nichts vom preußischen Nationalismus, der rund um das und unter dem Kreuzbergdenkmal fast omnipräsent ist. In seiner Rede anlässlich der öffentlichen Übergabe des großen Feuerwehrbrunnens am Mariannenplatz im „Preußenjahr“ 1981 äußerte er sich wie folgt dazu:

„Als ich mich aber für die Preußischen Feuerwehrleute um 1910 entschied, war es für mich doch sehr wohl überlegt. Nein, das geschah nicht, damit sich der Brunnen wohlgefällig in das Preußenjahr 1981 einfügt. (...) Was Preußen angeht, so bekannte ich mich schon immer zu meiner Vergangenheit, auch wenn die meisten preußischen Tugenden nach meiner Meinung Sünden waren. Preußen, das war für mich ein festes Gefüge, der Staat mit Zucht und Ordnung. Es war was Nationales. Ich möchte aber immer das Gegenteil. Ich möchte die Aufhebung aller Grenzen, es sollte allen Völkern der Welt gleich gut gehen. Da müssten wir aber viele alte preußische Pflichten und Gewohnheiten aufgeben,



Kurt Mühlenhaupt: Selbstporträt, 1978



Kurt Mühlenhaupt: „Berliner Bilder“, 1970er Jahre

und es würde von uns Anpassung erfordern, nicht nur an unseren Staat, sondern wir müssten uns an andere Völker anpassen.“

Mühlenaupts Welt der kleinen Leute

Im Verlauf des Jahres werden weitere Ausstellungen zu Mühlenaupts 100. Geburtstag zu sehen sein, darunter „Mühlenaupts Welt der kleinen Leute“, eine Ausstellung (nicht nur) für Kinder. Kurt Mühlenhaupt hat sich Zeit seines Lebens kindliches Staunen und Neugier auf die Welt bewahrt. Davon zeugen seine Bildbücher mit humorvollen Zeichnungen und Texten namhafter Autoren wie Sarah Kirsch, Wolf Biermann und Peter-Paul Zahl. Gezeigt werden seine Original-Illustrationen ab 5. Juli im „feldfünf“, den Projekträumen im Metropolenhaus gegenüber vom Jüdischen Museums. Kinder können in den Büchern schmökern und selbst eigene Bilder drucken.

Die Erfindung Kreuzbergs

„Die Erfindung Kreuzbergs“ heißt eine große Ausstellung mit Begleitprogramm, die ab August im Studio 1 des Kunstquartier Bethanien gezeigt werden wird. Sie ruft die Zeit der Kreuzberger Bohème in Erinnerung. In bewusster Abgrenzung vom offiziellen Kunstbetrieb gründeten Malerpoeten und Lebenskünstler in den 1960er und 1970er Jahren an der West-Berliner Peripherie Galerien, Handpressen und Theater und trafen sich allabendlich in Galeriekneipen wie der „Kleine Weltlaternen“, dem „Leierkasten“ und der „Malkiste“. Was später zum Mythos Kreuzberg verklärt wurde, nahm hier seinen Anfang: Im „abgehängten“ Randbezirk an der Mauer wuchs ein widerborstiges Kreuzberger Selbstbewusstsein, das den Bezirk bis heute prägt. Exemplarisch gezeigt werden Originalgemälde, Druckgrafik und Selbstzeugnisse in Text, Bild und Ton sowie eine Nachszenierung der Künstlerkneipen.

Im Fachgeschäft RadioArt in der Zossener Straße 2 organisiert Hugo Hoffmann ab Mitte April eine Ausstellung über die Künstlerkneipe „Leierkasten“, die sich bis zu dessen Abriss im Nachbarhaus befand. Hoffmann, Freund und Drucker Mühlenaupts, wird jeden Samstag Führungen auf den Spuren des Malers anbieten und dabei auch sein Grab auf dem Friedhof am Halleschen Tor besuchen.

An Mühlenaupts früherem Atelier am Chamissoplatz 8 hat das Bezirksamt eine Gedenktafel anbringen lassen. Weitere Informationen unter www.muehlenhaupt.de.

■ Martin Düspohl



Kurt Mühlenhaupt: „Mein schönster Tag“, Tryptichon 1990

Wohnungspolitik von unten

Wir unterstützen die Unterschriftensammlung der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ für einen Volksentscheid im September 2021. Dabei orientieren wir uns bei der Neuausrichtung des Berliner Wohnungsmarktes am Wiener Vorbild.

Wir sehen die Vergesellschaftung von Wohnraum als Chance, die Wohnungs- und Bodenpolitik grundlegend umzukrempeln: hin zu einem sozial- und gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Durch ein entsprechendes Gesetz sollen die Wohnungsbestände der renditeorientierten börsennotierten Wohnungsunternehmen wie Deutsche Wohnen, Vonovia, Akelius und Co, denen schon jetzt ca. 260.000 Wohnungen in Berlin gehören, sozialisiert, sprich dauerhaft in gemeinwohlorientierte Hand überführt werden. Es soll dabei eine demokratische und transparente Bewirtschaftung verankert werden, die dauerhaft vor Privatisierung schützt.

Vergesellschaftung im Grundgesetz

Die Vergesellschaftung von „Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln“ ist nach Artikel 15 des Grundgesetzes möglich. Und sie ist nötig, um den Mietwahn und die Spekulation mit Wohnraum zu stoppen. Wenn die Freiheit von Unternehmen, die eine gewisse Marktmacht darstellen, es einem Staat fast unmöglich machen, das Grundrecht auf Wohnen zu gewährleisten, dann muss der Staat eingreifen und die Sozialisierung von Wohnraum vortreiben. Wer den Satz „Eigentum verpflichtet“ missachtet, muss mit Konsequenzen rechnen.

Die Frage der Entschädigung

Die Art und Höhe der Entschädigung der Wohnungskonzerne, welche im Falle einer Sozialisierung geleistet werden müsste, spielt in der öffentlichen Debatte eine zentrale Rolle. Die Gegner*innen des Volksbegehrens verweisen pauschal auf den Verkehrswert, welcher angeblich bis zu 36 Milliarden Euro betrage. Die Volksbegehren-Initiative rechnet jedoch mit ca. 8 Mrd. Euro. Eine



Deutsche Wohnen enteignen

Foto: Theo Ioannidis

eindeutige rechtliche Vorgabe findet sich dazu aber weder im Grundgesetz, noch an anderer Stelle. Auch Gerichtsentscheidungen zu diesem Thema fehlen, denn in der Geschichte der BRD hat es bisher noch keine einzige Sozialisierung nach Art. 15 GG gegeben. Wissenschaftler*innen gehen aber von einem erheblichen Spielraum des Gesetzgebers, bei der konkreten Ausgestaltung der Entschädigung sowohl hinsichtlich der Art als auch der Höhe“ aus. Weil Enteignung nach Art. 14 GG und Sozialisierung nach Art. 15 GG eine völlige andere Funktion erfülle, könne für beide nach Meinung vieler Experten auch nicht das gleiche für die Entschädigung gelten. Die Regeln für die Entschä-

digung bei Enteignungen gelten für eine Sozialisierung vielmehr entsprechend, weswegen die verschiedenen Funktionen zu berücksichtigen sind. Der Gesetzgeber bestimmt dabei Art und Höhe der Entschädigung unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten. Eine Entschädigung kann demnach auch unter dem Verkehrswert liegen, zudem wäre es auch möglich nicht auf einen Schlag zu entschädigen, sondern etwa durch eine auf viele Jahre gestreckte Zahlung auf Raten. So könnte der Landeshaushalt weniger belastet und die Entschädigung z.B. auch aus den Mieten der sozialisierten Wohnungen bestritten werden. So jedenfalls argumentierten die bei-

den Jurist*innen Prof. Dr. Fabian Thiel und Dr. Franziska Drohsel kürzlich in einem öffentlichen Thesenpapier. Auch hier gilt der politische Wille des zukünftigen Abgeordnetenhauses sowie des Senats. Vor allem wird eine zentrale Rolle spielen, inwiefern der Spielraum der Gesetzgeber*innen für eine „Sozialisierungsentuschädigung“ genutzt wird.

Der Weg dahin...

In der ersten Stufe hat die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ rund 70.000 gültige Unterschriften (notwendig waren 20.000 Unterschriften) gesammelt und an den Ber-

liner Senat eingereicht, damit dieser ein Vergesellschaftungsgesetz erlässt. Der für die Rechtskonformität zuständige Innensenator hat lange Zeit nicht darauf reagiert.

Innerhalb der Rot-Rot-Grünen Koalition haben wir Grüne und die Linke uns für einen Austausch und gemeinsames Vorgehen mit der Initiative stark gemacht. Die Berliner SPD war jedoch nicht bereit über eine gemeinsame Vorgehensweise zu diskutieren und hat jedwede Enteignungs- bzw. Vergesellschaftungsdebatte geblockt. Die SPD-Spitzenkandidatin ist vielmehr durch absurde Vergleiche wie „damit werden keine neuen Wohnungen geschaffen“ aufgefallen.

Nächste Hürde

Darauf beschloss die Initiative in die nächste Stufe überzugehen, die die Sammlung von rund 175.000 gültigen Unterschriften innerhalb von vier Monaten erfordert, damit das Volksbegehren zustande kommt. Die Unterschriftensammlung hat am 26. Februar 2021 begonnen und wird bis zum 25. Juni 2021 dauern. Die nötige Zahl wird sicherlich erreicht. Dann findet am 26. September 2021 zusammen mit den Bundestags-, Abgeordnetenhaus- und Bezirksparlamentenwahl ein Volksentscheid statt, bei dem sicher jede Stimme zählen wird.

Wir unterstützen die Initiative nicht nur ideell, sondern auch konkret bei der Unterschriftensammlung. An gesonderten Infoständen, aber, sobald es die Pandemie zulässt, auch in unseren Geschäftsstellen und Büros sammeln wir tatkräftig Unterschriften für das Volksbegehren. Jede und jeder ist willkommen, aktiv mitzumachen.

Mehr Infos: bueroschmidberger@gruene-fraktion.berlin oder stadt@gruene-xhain.de

■ Katrin Schmidberger,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

■ Theo Ioannidis

Meuterei, Rigaer und Liebig

In ihrer Sitzung am 24.3.2021 – also am Abend vor der „gewaltsamen“ Räumung der traditionsreichen linken Kollektivkneipe Meuterei in der Reichenberger Straße durch mehr als tausend Polizist*innen – verabschiedete die BVV mit der Mehrheit der Verordneten* von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Die Partei eine Resolution zum Erhalt alternativer Wohn- und Kulturprojekte in Friedrichshain-Kreuzberg. Dazu einige Streiflichter und O-Töne aus der Diskussion in der BVV, wobei wir ganz bewusst auf das Wortprotokoll der Sitzung zurückgreifen.

FDP, CDU und AfD gerieten sich in der Diskussion der Resolution erwartungsgemäß als Verteidiger*innen der Rechte des Eigentums von oftmals anonym agierenden Investor*innen, die den Ausverkauf unserer Kieze um ihrer Rendite- und Kapitalinteressen Willen auch weiter rücksichtslos betreiben können sollen. Doch auch die Fraktion der SPD in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg stellte sich mit einer Ausnahme geschlossen gegen die Resolution. Und zwar, weil es hier nicht nur „um kulturelle Projekte geht und um all (...) all die Projekte, die die Vielfalt von unserem Bezirk mit ausmachen (...)“, sondern, oh Schreck, um die Rigaer 94 und damit um „Linksextremisten, die hier durch den Kiez reiten und teilweise die Nachbarschaft mit terrorisieren. Und (...) so jemanden kann (...) können wir nicht mit schützen und so jemand kann auch kein Gesprächspartner für uns als demokratische Parteien sein und dementsprechend müssen wir an dieser Stelle die Resolution, die viele richtige Punkte mit drin hat, ablehnen, weil sie eben nicht alleine dasteht, so wie es gerne versucht wird hier momentan darzustellen, sondern nämlich

explizit einen gewissen Hintergrund mit hat und dabei geht es hauptsächlich um die Rigaer Straße 94.“

Natürlich geht es in dieser Resolution auch um die Rigaer 94, dieses letzte teilbesetzte Haus im Friedrichshainer Nordkiez, deren Bewohner*innen inzwischen vom Berliner Innensenator nicht mehr nur als „Linksextremisten“ bezeichnet, sondern inzwischen gar zu „Gangstern“ erklärt werden, gegen die der Staat vorgehen müsse. (Innensenator Geisel in einem Video-interview der Welt).

Unsere Antwort:

„Wir finden (...) es eigentlich mehr als traurig, dass uns oftmals nichts anderes bleibt als BVV, als solche Resolutionen, - in der Hoffnung, dass sie dann irgendwie zumindest in der Öffentlichkeit nochmal wahrgenommen werden -, zu verfassen, aber leider keine weitere Handhabe haben als demokratisch gewählte Vertreter*innen unseres Bezirkes, wirklich etwas zu bewegen. Wichtiger und richtiger wäre es noch, dass endlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen würden, die es uns als demokratisch gewählte Vertreter*innen

unseres Bezirkes hier und in solchen Fällen ermöglichen würden, im Sinne des Gemeinwohls unseres Bezirkes und seiner Bewohner*innen agieren zu können. Denn alternative Wohnprojekte wie beispielsweise die Rigaer 94, die Liebig 34, die in unserem Bezirk beheimateten Wagenburgen, Freiräume wie etwa die „Meuterei“, zahlreiche von Räumungen und Verdrängung bedrohte kulturelle und soziale Projekte, Gewerbehöfe, Läden, Ateliers und, und, (...) gehören zur DNA unseres Bezirkes, sind Teil und oftmals auch Voraussetzung unseres Lebens hier. Und es kann und darf nicht sein, dass allein Besitz und Kapital und deren Rechte teilweise unter massiver Zuhilfenahme, Verschwendung würde ich in diesem Fall sagen, öffentlicher Ressourcen geschützt und durchgesetzt werden müssen. Deshalb fordern wir ja schon lange eine Reform der Bundesgesetzgebung, die es uns als Kommunen ermöglichen würde, dem Gemeinwohl gegenüber Kapital- und Renditeinteressen gegenüber Geltung zu verschaffen (...) beispielsweise eine Folgeform des Gewerbemietrechts, eine Ausweitung und Schärfung der Mittel des Milieuschutzes auch auf

das sogenannte Gewerbe. Es muss uns endlich ermöglicht werden im Sinne der Allgemeinheit und des Gemeinwohls, Eigentumsrechte im Sinne des Artikels 14 unseres Bundesgesetzes einschränken zu können. Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt und zweitens... Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Wir müssen in diesem Sinne unsere Gesetze gestalten, auf das wir unsere staatlichen Organe in Zukunft nicht mehr dazu missbraucht werden können, etwa eine Räumung eines für unseren Bezirk so wichtigen Freiraums wie der „Meuterei“ für Kapital- und Renditeinteressen durchsetzen zu müssen und uns zukünftig nicht mehr nur bleibt, eine solche Resolution zu verfassen, deren Missachtung aber rechtlos und machtlos hinnehmen zu müssen.

Und zur Rigaer:

„(...) Die TAZ hat einen wunderbaren Kommentar dazu geliefert, in dem sie sehr deutlich gemacht hat, (...) dass es schon lange nicht mehr um den Brandschutz geht, denn dann, wenn

es wirklich der Brandschutz wäre, (...) müsste dahingehend weitergehandelt werden (...), dass der Bezirk befähigt wird, meinestweilen gemeinsam mit dem Anwalt der Bewohner*innen, den Bewohner*innen selbst, eine Möglichkeit zu schaffen, ohne diesen massiven Polizeischutz. (...) Und trotzdem, wenn denn das Gericht dies verlangt, dass nochmals vom Eigentümer benannter Brandschutzgutachter da rein geht, daran weiter zu arbeiten, dass dies in Absprache mit den Bewohner*innen ermöglicht wird und dies unter Aufsicht des Bezirksamtes verläuft, um zu verhindern, dass diese vorgebliche Brandschutzkontrolle dazu benutzt wird, die Rechte der Bewohner*innen dort zu missachten oder eine Räumung vorzunehmen, denn auch für diese gilt der Artikel 13 des Grundgesetzes, dass die Wohnung unantastbar ist. Und eigentlich muss es die Aufgabe von uns und allen Beteiligten politisch sein, dies zu gewährleisten.“

■ Werner Heck,
Bezirksverordneter

Gemeinsames Beteiligungsportal mit Naturfreunden

Friedrichshain-Kreuzberg ist der Bezirk mit der höchsten Einwohner*innen-Dichte in Berlin und einer entsprechend engen Bebauung und Bodenversiegelung. Die Auswirkungen bekommen wir vor allem im Sommer zu spüren: Die Betonwüste heizt sich bisweilen unerträglich auf. Die Auswirkungen der Klimakrise lassen sich einerseits nur global eindämmen, andererseits haben wir aber auch lokale Handlungsoptionen, die konsequent verfolgt werden müssen, um die Aufheizung der Innenstädte abzumildern und Stadtgrün wieder mehr Raum zu geben.

Auf Grundlage der vom Bezirksamt durch Clara Herrmann herausgegebenen Studie „Mehr Grün in Friedrichshain-Kreuzberg“ hat sich die AG Klima und Ökologie im Kreisverband Xhain von Bündnis 90/Die Grünen daran gemacht, diese Studie auf Potenziale abzuklopfen, die sie mit eigenem Engagement anstoßen und mit Beteiligung interessierter Bürger*innen realistisch und zeitnah umsetzen kann.

In der „Grünstudie“ heißt es unter anderem: „Versiegelte Flächen können entsiegelt und begrünt werden, um Regenwasser dem natürlichen Wasserkreislauf zurückzuführen und das Prinzip der Schwammstadt zu stärken. Also anfallendes Regenwasser in der Stadt lokal aufzunehmen und zu speichern, anstatt es lediglich zu kanalisieren und abzuleiten.“ Dadurch können Überflutungen bei Starkregenereignissen vermieden, das Stadtklima verbessert und die Gesundheit von Stadtbäumen gefördert werden.

Mit den Naturfreunden haben wir eine NGO als Partnerin gewinnen können, die viele grundsätzliche Ziele mit uns teilt und dennoch ihrer Aufgabe nachkommt, uns und andere Parteien im Bereich Naturschutz und Artenschutz seit Jahrzehnten kritisch zu



Natürliche Asphaltentsiegelung

Foto: pe

begleiten. Undogmatische, zivilgesellschaftliche Bündnisse, die kontinuierlich und selbstkritisch auch eigene Handlungsmuster hinterfragen, braucht es gerade jetzt. Die Klimakrise ist so weit fortgeschritten, dass sie droht, Kipunkte des Klimasystems unumkehrbar zu machen. Die Stadtgesellschaft braucht deshalb starke Bündnisse, auch um populistischen Spaltungsversuchen etwas entgegenzusetzen.

Augen auf beim Kiezspaziergang

Die erstellte Website baut auf Entseigelungs-Spaziergängen der grünen Arbeitsgemeinschaft Klima und Ökologie auf. Sie ist ein Angebot an alle, die im Bezirk wohnen, arbeiten, flanieren, Potenziale zu entdecken: Baumscheibenvergrößerung, Entseigelung und Begrünung von Parkplätzen, Urban Gardening, Versickerungsbeete, wasserdurchlässige Beläge statt Asphalt. Auf dem Portal, das unter www.xhain-entsiegeln.de zu erreichen ist, und das auch als positives Beispiel für zukünftige Projekte dienen soll, sollen die Einwohner*innen des Bezirkes ermuntert werden, Entseigelungspotentiale für den Bezirk vorzuschla-

gen. Das Projekt wird zunächst bis zum 30. Juni 2021 als erstes Pilotprojekt durchgeführt, um aus Sicht der Anwohner*innen aufzuzeigen, wo Flächen entsiegelt werden könnten.

Neue digitale Beteiligungsmöglichkeiten für die klimagerechte Stadt

Wir wollen den öffentlichen Raum gerecht umverteilen und aus der autogerechten Stadt eine klimagerechte Stadt machen. Dafür wollen wir Flächen entsiegeln und zum Beispiel auf Parkplätzen Platz für Bäume oder Urban Gardening (Pocketparks) schaffen. Mehr Grün macht unsere Kieze lebenswerter, lässt der Stadtnatur mehr Raum, fördert die Bildung von Grundwasser und sorgt in immer häufiger werdenden Hitzesommern für dringend benötigte Kühlung. Dafür neue digitale und proaktive Beteiligungsmöglichkeiten wie diese zu schaffen, ist barrierearm, und nicht nur in Zeiten der Pandemie attraktiv und geboten. Sie stärken gleichzeitig den praktischen Klima- und Naturschutz im Kiez.

■ Philipp Evenburg

Kultur im Lockdown



Verstetigung der Pop-Up-Radwege

Fast auf den Tag genau ein Jahr, nachdem die ersten Pop-Up-Radwege in Friedrichshain-Kreuzberg „aufgepoppt“ waren, hat der Bezirk im März 2021 mit der Verstetigung begonnen, angefangen mit dem Radweg am Landwehrkanal. Insgesamt entstehen entlang des Landwehrkanals 3,6 Kilometer sichere Radinfrastruktur.

Geschützt werden die Radwege mit grünen, reflektierenden Protektionsselementen, die in einem Praxistest im letzten Jahr überzeugt haben. Für die Abschnitte des Landwehrkanals, die zu Mitte gehören, übernimmt der Bezirk die Bauarbeiten in Amtshilfe. Bereits im November des letzten Jahres wurden die temporär verbreiterten Radwege in der Lichtenberger Straße dauerhaft umgebaut.

Pop-Up-Radwege sind baulich geschützte Radwege, die zunächst provisorisch mithilfe von Baustellenabsicherung (Warnbaken und gelber Markierung) auf der Straße angelegt werden. Während der Corona-Pandemie wurden so in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz innerhalb kürzester Zeit über 11 Kilometer neue, sichere Radwege geschaffen, die nun nach und verstetigt werden.

Der große Vorteil ist, dass dadurch schnell und rechtskonform praxistaugliche Lösungen gefunden werden, bei Bedarf im Rahmen der konkreten Planung für die Verstetigung aber auch noch einmal nachgebessert werden kann. Für dieses innovative Verfahren, an dem sich Städte wie Hamburg, München, Stuttgart, Nürnberg, Leip-

zig oder Wien ein Beispiel genommen haben, wurde Friedrichshain-Kreuzberg für den Deutschen Fahrradpreis 2021 nominiert.

Grundlage für diese Planungen ist neben dem Mobilitätsgesetz der Radverkehrsplan für Friedrichshain-Kreuzberg, den Friedrichshain-Kreuzberg Ende 2017 als erster Berliner Bezirk verabschiedet hat. In diesem Plan stehen derzeit 90 ganz konkrete Maßnahmen, wie wir den Radverkehr in Xhain fördern wollen, indem wir die Infrastruktur ausbauen. Darunter sind kleinere Maßnahmen wie die Schaffung von ausreichend Rad-Parkplätzen vornehmlich auf der Straße, aber auch große Maßnahmen wie der Komplett-Umbau der Oranienstraße, der Radstreifen auf der Südseite der Stralauer Allee und die Schaffung von weiteren geschützten Rads Spuren.

Und vieles wurde auch schon umgesetzt: Der erste geschützte Radweg des Bezirks befindet sich an der Hasenheide. Viele weitere Radstreifen wurden neu gebaut oder saniert und verbreitert, zum Beispiel in der Gitschiner Straße, der Oranienstraße, der Oberbaumbrücke, der Lichtenberger Straße oder der Frankfurter Allee. Rads Spuren wurden grün eingefärbt,

wie z.B. in der Proskauer Straße oder der Katzbachstraße. Es gibt eine neue Fahrradstraße vom Mariannenplatz bis zum Südstern, die im Bereich der Körtestraße im März auch versenkbare Poller erhalten hat. Eine weitere Fahrradstraße vom Platz der Vereinten Nationen bis zum S-Bahnhof Frankfurter Allee wird gerade angelegt.

Priorisiert haben wir mit diesem Beschluss insbesondere Hauptverkehrsstraßen, an denen noch keine Radwegeinfrastruktur vorhanden ist, darunter auch den Kottbusser Damm und die Kanaluferstraßen. Die Pop-Up-Radwege, die an diesen Straßen entstanden, waren also die Vorbote für die dauerhaften Radwege, die an dieser Stelle entstehen und weiter entstehen werden und die wir kaum erwarten können. Das Bezirksamt plant, noch in diesem Jahr alle Pop-Up-Radwege in dauerhafte Radweginfrastruktur umzuwandeln. So schreitet die Verkehrswende in Friedrichshain-Kreuzberg voran und wird immer sichtbarer.

■ Annika Gerold und Pascal Striebel, Bezirksverordnete

Wie überall hat die Krise auch in Xhain Künstler*innen und Veranstalter*innen schwer getroffen. Stellvertretend hier das Ballhaus Naunynstraße und die Kinos Babylon Kreuzberg und Tilsiter Lichtspiel in Friedrichshain. Verlässliche Öffnungsszenarien sind immer noch nicht in Sicht. Wir kämpfen weiter für den Erhalt der Kultur im Kiez. (ha)

Und sonst noch so? | Die Kolumne



Die Qual der Wahl

Wahlversammlungen haben ihre ganz eigene Atmosphäre. Spannung liegt in der Luft und manch eine*r feilt bis zum Schluss noch an der perfekten Rede. Viele Gespräche werden geführt, Einschätzungen ausgetauscht und Fotos gemacht. Einige Gesichter hat man länger nicht gesehen und freut sich über das Zusammentreffen. Es wird viel Kaffee getrunken und Verpflegung miteinander geteilt. Das Präsidium führt mit dem gebotenen Ernst manchmal auch unerst durch den Tag und kleine technische Probleme werden souverän gelöst. Es wird applaudiert und auch gejubelt. Die Freude der Gewählten verbreitet sich im Raum und es herrscht gemeinsame Aufbruchstimmung. Adrenalin und Glückshormone sind insgesamt auf einem guten Level.

Aber es wird auch gelitten bei der Mitgliederversammlung zur Listenaufstellung für die BVV-Wahl 2021 und kleine Qualen müssen überstanden werden:

Coronabedingt mit viel Abstand in einer ziemlich kühlen Halle und das rund 8 Stunden lang, denn 50 Kandidat*innen sind dieses Mal zu wählen. Als Kandidierende*r zumindest eine zeitlang mehr oder weniger aufgeregt und angespannt. Als Wählende*r vor der nicht immer leichten Entscheidung für eine, aber eben auch nicht wirklich gegen die andere, Person.

Die große Anzahl der tollen und engagierten Bewerber*innen macht die Entscheidung zu einem "Luxusproblem". Es wird mitgeföhlt, wenn auch nach mehreren Wahlgängen der erhoffte Listenplatz nicht erreicht wird.

Am Ende ist es dann vollbracht. Eine bunte und diverse Liste wurde gewählt. Ein motiviertes und kompetentes Team ist für die kommende Wahlperiode am Start und die Qual der Wahl war jede Minute wert.

■ Claudia Schulte, Bezirksverordnete